Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. V.: C. Geyer.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 5. Nov. 1930

Die französische Linke und das Kabinett Tardieu.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

(Von unserem Pariser Mitarbeiter.)

SPD. Paris, 5. November (Eig. Bericht)

Die französische Linke befindet sich gegenwärtig dem Kabinett Tardieu gegenüber in einer seltsamen Lage. Zwar steht sie in der Opposition gegen die Regierung geschlossen da, jedoch gehen die Meinungen auseinander über die Intensivität, die man dieser Opposition geben soll.

Der sozialistische Fraktionsführer, Léon Blum, hat am letzten Sonntag in Narbonne die Notwendigkeit proklamiert, das Kabinett Tardieu so rasch wie möglich zu stürzen, wobei er besonders auf die Gefahr der "langsamen Durchdringung aller Verwaltungszweige mit reaktionärem Geist" hingewiesen hat. Auf dem Kongress der radikalsozialistischen Partei, der Anfang Oktober in Grenoble stattfand, klang es ähnlich, und doch zögern eine grosse Anzahl von Vertretern der Linksparteien, auf den Sturz des Kabinetts mit allen Mitteln hinzuarbeiten, weil sie befürchten, dass die allgemeinen Umstände für eine tatsächlich oder scheinbar weiter links stehende Regierung ungünstig sind.

Der immer höher werdende Goldvorrat in der Banque de France, dem eine immer höher steigende Papiergeldzirkulation wie ein gespenstischer Schatten folgt hat nicht zu verhindern vermocht, dass in einer ganzen Reihe von wichtigen Industrien und Banken eine starke Unsicherheit eingetreten ist. In der Textilindustrie des Nordens gibt es schon einige Tausend Arbeitslose. In der Automobilindustrie hat der ziemlich scharfe Rückgang des Exports und der relative Stillstand des Absatzes im Innern die Befürchtung weitgehender Arbeitseinschränkungen, besonders bei der Weltfirma Renault, auftreten lassen. Der gesamte Handel beklagt sich über "äusserste Flauheit". Und der Zusammenbruch des alten Bankhauses Adam, die Notmassnahmen, die getroffen werden mussten, um den gleichzeitigen Bankrott des Bankhauses Oustric zu verhüten, haben den Optimisten, die durch die Voraussagungen des Ministerpräsidenten Herrn Tardieu, der voriges Jahr eine "lange Prosperität" angekündigt hatte, geblendet waren, die Augen etwas geöffnet.

Ausserdem haben die Diskussionen in der Finanzkommission unwiderleglich gezeigt, dass das Budget für 1931 nur scheinbar im Gleichgewicht ist und dieses Gleichgewicht sofort verlieren würde, wenn die autonome Amortisierungskasse, aus irgend einem Grund, sich etwa nicht mehr bereit erklären würde, die 1900 Millionen Franken zu tragen, die ihr durch "gütliche Abmachung" zwischen der Regierung und ihrer Leitung für die Bestreitung eines Teils des Zinsdienstes auferlegt wurden. Die autonome Amortisierungskasse hat dafür von der Regierung verlangt, dass sie die im nächsten Jahr fällig werdenden 5 und 6 prozentigen Staatsrenten zurückzahlt oder gegen 4 prozentige Rentenpapiere umtauscht: wobei es sich um ein Kapital von etwa sechzig Milliarden Franken und eine Ersparnis für die Staatskasse von ungefähr 600 Millionen handeln würde. Dass diese Operation möglichst bald wird durchgeführt werden müssen, darüber ist sich so ziemlich alle Welt klar. Aber die Kammer-Mehrheit ist nichtsdestoweniger

entsetzt darüber, dass ihr die Regierung Tardieu nun auch die Verantwortung für diese neue Beschneidung der Renteneinkünfte auferlegen will, nachdem ihr schon, zu Anfang der Legislaturperiode die Regierung Poincaré das Ja für die Frankenstabilisierung abgerungen hat, durch die gerade die mittleren bürgerlichen Klassen am schwersten betroffen wurden. Einstweilen wird die Regierung wohl von der Konvertierung absehen müssen, was, in Budgetsprache übersetzt, das bestimmte Eintreten eines Defizits bedeutet oder die Notwendigkeit neue Steuern vorzuschlagen. Und das ungefähr ein Jahr vor den allgemeinen Neuwahlen!

All diese Umstände, die jetzt in die Reihen der Mehrheit, ihrer politischen Begeisterung für den Ministerpräsidenten Tardieu zum trotz, einige Verwirrung getragen haben, bilden für viele Mitglieder der Linken die Ursache ihres Zögerns, was die Herbeiführung einer Ministerkrise betrifft. Dass im Fall einer solchen Krise der Präsident der Republik, Herr Doumerque, - dessen Mandat im kommenden Frühjahr abläuft - einen Mann der Linken oder wenigstens des nach links neigenden Zentrums berufen müsste, steht fest.

Dass die radikalsozialistische Partei bereit wäre in die Regierung einzutreten und sich einer von der ausgesprochenen Rechten befreiten Konzentrations-Mehrheit anzuschliessen, hat der Kongress von Grenoble unzweideutig erklärt.

Dass die sozialistische Partei diesmal bereit wäre, zwar nicht an der Regierung teilzunehmen oder sich als festen Teil der neuen Mehrheit einzuverleiben, jedoch einer solchen Links-Konzentrations-Regierung wohlwollend gegenüberzustehen, hat Léon Blum in einer Reihe von Artikeln gesagt, die der Rechtspresse sofort Veranlassung gaben die"Wiederauferstehung des Linkskartells" als unmittelbar drohende Gefahr hinzustellen.

Nun hat jedoch die im Mai 1928 gewählte Kammer bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt, dass eine Regierung, die der direkten Unterstützung durch die Sozialisten verdächtig erscheint, keine Gnade vor ihr findet. Das geben auch diejenigen zu, die innerhalb der sozialistischen Partei von jeher für den Eintritt in die Regierung eingetreten sind. Käme es also, im Fall eines Sturzes des Kabinetts Tardieu, zur Bildung eines neuen Konzentrationskabinetts, so müssten sich sowohl die Leute der im Zentrum sitzenden "Gauche Radicale" als die weiter rechts stehenden Gruppen der "Linksrepublikaner" (zu denen der Ministerpräsident Tardieu gehört) und der Alliance Démocratique (die den Kriegsminister Maginot zu sich zählt) entschliessen, in der Mehrheit zu bleiben und sogar, nach Ausschaltung der über 100 Mann starken Louis Marin-Fraktion, die indirekte, zuweilen sogar die offene Unterstützung der Sozialisten zu ertragen.

Innerhalb der sozialistischen Fraktion gibt es eine ganze Reihe von Genossen, die es nicht für möglich halten, dass auf die Dauer eine solche Regierung sich am Ruder halten könnte: und für den Fall einer neuen Krise wäre, ihnen zufolge, eine Rückkehr Tardieus mit verstärkter Position unvermeidlich. Viele Radikalsozialisten hegen dieselbe Befürchtung, wobei sie hinzufügen, dass dann auch die Spannung zwischen der sozialistischen und der radikalen Partei wieder schärfer werden würde, was keineswegs im Interesse des kommenden Wahlkampfes von 1932 läge.

In einem offenen Brief, den der radikalsozialistische Abgeordnete Bergery, der auf dem linken Flügel seiner Partei steht, an Léon Blum gerichtet hat, wird darauf hingewiesen, dass "weder die Republik in Gefahr, noch ein Hitler oder Boulanger zu bekämpfen seien", und dass es unter diesen Umständen zwecklos, wenn nicht für die Linke gefährlich erscheine, den Amtsantritt eines Ministeriums herbeizuführen, das sowohl auf dem Gebiet der Innen- als auf dem der Aussenpolitik nicht anders handeln würde, als das gegenwärtige Kabinett. Es ist keine Frage, dass bei der Zusammensetzung der Kammer eine sogenannte Links-Konzentration, der die Sozialisten - wie das von vornherein angenommen werden darf - fernbleiben, nur dann eine schwache Mehrheit finden könnte, wenn die Gruppen des Herrn Tardieu und Maginot, sich ihr anschlössen. Im andern Fall bliebe den Radikalsozialisten nichts übrig als eine Minderheitsregierung zu bilden, mit offener Unterstützung durch die 108 Mann starke sozialistische Fraktion.

Stünde einem solchen Kabinett anstelle eines der radikalsozialistischen

Führer aus der Kammer ein gemässigtradikaler Senator vor, so brauchte die schlechte Erfahrung, die das Eintags-Kabinett Chautemps zu Anfang dieses Jahres machte, nicht unbedingt wiederholt zu werden. Aber äusserst problematisch bliebe die Situation immerhin!

Das sind die wesentlichen Überlegungen derjenigen Linksabgeordneten, die sich gegenwärtig fragen, ob es nicht klüger wäre, zwar in der Opposition gegen das Kabinett Tardieu zu verharren, dieses jedoch nicht zu stürzen, sondern ihm sowohl die Verantwortung zu überlassen für die notwendigen innerpolitischen und vor allem finanziellen Massnahmen, als auch die Mitverantwortung aufzuerlegen für die Aussenpolitik Briands, gegen die der ganze rechte Flügel der Tardieumehrheit mit geradezu wahnsinniger Wut anrennt, ohne deshalb zu wagen, dem Kabinett in seiner Gesamtheit sein Vertrauen zu verweigern.

Jedoch gibt es auf der Linken nicht minder einflussreiche Elemente, die gerade im Hinblick auf die Aussenpolitik der Ansicht sind, dass die unmoralische Zweideutigkeit, der sich in dieser Hinsicht die gegenwärtige Mehrheit schuldig macht, aufhören und dem Aussenminister Briand jene Handlungsfreiheit verschafft werden müsse, die er innerhalb des Kabinetts Tardieu, das sich u.a. auf die schärfsten Gegner Briands stützt, nicht besitzt.

Die Erwägungen der Einen und der Andern können durch unvorhergesehene Zwischenfälle in der Kammer oder im Senat, die am 3.November ihre Arbeiten wieder aufgenommen haben, überholt werden. Im Palais Bourbon sowohl als im Palais du Luxembourg haben die Stürme der letzten Wochen viel feuchtes Laub zusammengefegt: Herr Tardieu wird sich geschickt hin- und herwenden müssen, um nicht auszurutschen!

SPD. Der Gesetzentwurf über die Kürzung der Beamtengehälter, den die Reichsregierung dem Reichsrat vorgelegt hat, sieht eine Gehaltskürzung ab 1.April 1931 vor. In der Verwaltungsratssitzung der Reichspost hat der Reichspostminister Schätzel von einer Kürzung der Beamtengehälter ab 1.Januar 1931 gesprochen. Man hat daraus die Absicht der Reichsregierung herausgelesen,die Gehaltskürzung bereits drei Monate früher vorzunehmen. Die Reichsregierung bestreitet eine solche Absicht, lässt es jedoch offen, dass im Reichsrat ein derartiger Antrag gestellt werden könnte.

Im Zusammenhang mit den Beratungen des Reichsrats ist das Gerücht aufgetaucht, dass die Regierung beabsichtige, die Kürzung der Beamtengehälter durch Notverordnung vorzunehmen. Demgegenüber verweist die "Germania" darauf, dass die Regierung selbstverständlich die im Reichsrat erledigten Gesetze dem Reichstag zuleiten werde. Es sei eine Ausgeburt der Phantasie von einer Inkraftsetzung der Gehaltskürzung auf dem Wege der Notverordnung zu reden.

Die Reichsratsausschüsse haben inzwischen die Einzelberatung der Gesetzentwürfe begonnen. Am Mittwoch wurde in erster Lesung der Entwurf des Gehaltskürzungsgesetzes verabschiedet, dabei ist noch der Termin des 1.April 1931 vorgesehen.

SPD. New York, 5.November (Eig.Drahtb.)

Die Nationalwahlen zeigen einen ausgesprochenen Triumph der Demokratischen Partei und eine schwere Niederlage der republikanischen Regierungspartei, die hauptsächlich auf den Zusammenbruch der Prohibition und den wirtschaftlichen Niedergang des letzten Jahres zurückzuführen ist. Die Prohibitionsgegner gewinnen im Bundes-Kongress beträchtlich, sodass künftige gesetzgeberische Auswirkungen der Anti-Prohibitionswelle nicht ausgeschlossen sind. Der Wahlausfall bedeutet ein Misstrauensvotum für Hoover und eine ausserordentliche Stärkung der kommenden Präsidentschafts-Kandidatur Roosevelts. Die Hoover-Regierung sieht sich im nächsten Jahre einer gegnerischen Majorität in beiden Häusern gegenüber, wodurch eine gedeihliche Zusammenarbeit fast unmöglich ist.

Die Zusammensetzung des künftigen Bundes-Repräsentantenhauses ist nach unvollkommenen Zusammenstellungen: 188 Demokraten, 180 Republikaner, 66 noch Zweifelhafte, jedoch zum Hauptteil demokratisch. Der Bundessenat wird wahrscheinlich 46 Demokraten gegen bisher 39 haben, was nicht zu einer absoluten demokratischen Mehrheit ausreicht. Man erwartet jedoch ein Zusammenarbeiten der unabhängigen republikanischen Bundes-Senatoren mit den Demokraten. Das würde sämtliche Regierungsmassnahmen blockieren. Demokratische Gewinne sind besonders ausgeprägt in New York, Illinois, Connecticut und Massachusetts. Die New Yorker Roosevelt-Mehrheit wird auf 800 000 Stimmen beziffert. Die Demokraten haben alle Südstaaten wiedergewonnen, die in den Hoover-Präsidentschafts-Wahlen an die Republikaner verloren gingen. Die Gouverneurswahlen zeigen eine ähnliche demokratische Richtung.

Die sozialistische Stimmenzunahme ist recht befriedigend, wenngleich sie hinter den Erwartungen zurückbleibt. Der New Yorker sozialistische Gouverneurskandidat Waldman erhielt knapp 200 000 Stimmen. Das bedeutet eine Verdoppelung der Stimmenzahl seit den letzten Wahlen. Es ist die stärkste Stimmenzahl seit 1920.

SPD. Wien, 5.November (Eig.Drahtb.)

Heute früh ist die Verhaftung eines sozialdemokratischen Nationalratsabgeordneten durch die Heimwehrregierung erfolgt: Der Genosse Paul Schlesinger, Abgeordneter von Wiener-Neustadt und Vertrauensmann der dortigen Metallarbeiter, ist festgenommen worden.

SPD. Amsterdam, 5.November (Eig.Drahtb.)

Ein sozialistischer Lehrstuhl an der Universität Utrecht wird auf Veranlassung des Allgemeinen Rates aus dem Niederländischen Gewerkschaftsbund und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei demnächst errichtet werden. Die Sozialistische Vereinigung zur Förderung des Studiums gesellschaftlicher Probleme ernannte ein Kuratorium, das Vorschläge zur Besetzung dieses Lehrstuhles machen soll. Dem Kuratorium gehören u.a. die Genossen Dr. Wibaut und Professor Dr. Bonger an.

SPD. Rom, 5.November (Eig.Drahtb.)

Der frühere italienische Ministerpräsident Luigi Facta ist am Mittwoch nachmittag in seinem Wohnort Pinerolo im Alter von 69 Jahren gestorben. Facta hat eine grosse und verhängnisvolle Rolle in der neusten Geschichte Italiens gespielt, denn er war der letzte parlamentarische Ministerpräsident vor Mussolini. Senator Facta ist der Mann, der den Marsch auf Rom am 28.Oktober 1922 nicht zu verhindern wusste. Fast widerstandslos liess er sich die Macht von Mussolini und seinen Schwarzhemden entreissen. Er spielte eine grausige Rolle, und zwar die des Mannes, der niemals recht an die Gefahr glaubte und sich als der Mann Giolittis, des einstigen allgewaltigen Beherrschers Italiens, so sicher fühlte, dass er nicht recht an die faschistische Gefahr glauben wollte. Er wurde einfach überrumpelt. Seine Vorstellungen, dass Mussolini sich mit dem alten Fuchs und Parlamentarier Giolitti in einem Kabinett einigen könnte, wurden enttäuscht. Er gab die Macht in einer so traurigen Art ab, wie nie ein Parlamentarismus sich vor der Geschichte desavouiert hat.

SPD. Braunschweig, 5.November (Eig.Dr.)

Vor dem Landgericht in Braunschweig fand heute die Verhandlung gegen den sozialdemokratischen "Volksfreund" statt, gegen den der Dr. Franzen eine einstweilige gerichtliche Verfügung erwirkt hatte, dahingehend, dass dem "Volksfreund" untersagt wurde, beleidigende Behauptungen gegen Dr. Franzen aufzustellen und weiter zu verbreiten, bis der Hauptprozess eine endgültige Entscheidung brächte. Der "Volksfreund", vertreten durch den früheren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, Rechtsanwalt Dr. Jasper, stellte gegenüber der einstweiligen Verfügung den Antrag, sie aufzuheben und die Kosten des Verfahrens dem Minister Dr. Franzen aufzuerlegen.

Die Verhandlung, die unter Leitung des Landgerichtsdirektors Bosse im Grossen Schwurgerichtssaal stattfand, war von Publikum und Presse ausserordentlich stark besucht.

Dr. Franzen, der am Tage vorher im Braunschweigischen Landtage erklärt hatte, dass er nicht beabsichtige, die Verhandlung auf das Vorhandensein der formalen Beleidigung zu beschränken, sondern dass er den grössten Wert auf die tatsächliche Feststellung lege, dass sich die Beleidigungen auf falsche Behauptungen stützten, hatte eine Reihe von Zeugen geladen, um den "Fall Franzen" möglichst zu klären. Ausser den vom Gericht geladenen Zeugen, dem Polizeimajor Heinrichs aus Berlin, dem preussischen Landtagsabgeordneten Lohse (Natsoz) und dem Landwirt Guth aus Schleswig-Holstein, waren vom Antragsteller Dr. Franzen geladen: die nationalistischen Reichstagsabgeordneten Thormählen und Meyer-Quadde mit dem Polizeihauptmann a.D. Migge aus Berlin. Vom Antragsgegner waren geladen: Polizeiwachtmeister Wehrmann und Kriminalassistent Graf aus Berlin.

Franzen war auf Anforderung des Gerichts selbst zur Verhandlung erschienen. Er wurde unterstützt durch den Rechtsanwalt Rustenbach. Neben dem Rechtsanwalt Dr. Jasper waren vom "Volksfreund" der verantwortliche Redakteur, braunschweigischer Landtagsabgeordneter Thielemann und der Geschäftsführer des "Volkfreund" erschienen.

Rechtsanwalt Rustenbach gab zunächst bezüglich der im "Volksfreund" erschienenen Artikel eine ausführliche Darstellung der Vorgänge am Tage der Reichstagseröffnung in Berlin, die zu dem "Fall Franzen" geführt hätten. Das Ganze sei ein harmloser Vorgang gewesen, der zu einer wüsten Pressehetze gegen Dr. Franzen vom sozialdemokratischen "Volksfreund" aufgebauscht worden sei, und zwar nicht nur von ihm allein, sondern auch von anderen im Freistaat Braunschweig erscheinenden sozialdemokratischen Kopfblättern dieses Verlages. Es seien in diesen Zeitungen Behauptungen tatsächlicher Art aufgestellt worden, die die Person Dr. Franzens in der öffentlichen Meinung herabsetzten. Dr. Franzen habe zunächst geschwiegen, da der Mond ja auch nichts dafür könne, wenn der Hund ihn anbellt. Dann aber habe er nach reiflicher Ueberlegung die Zivilklage erhoben, weil es sich beim "Volksfreund" um eine offene Handelsgesellschaft handele, gegen die eine Beleidigungsklage ein juristisches Unding sei und weil der verantwortliche Redakteur Thielemann als Abgeordneter den Schutz der Immunität geniesse, eine Klage gegen ihn also, wenn nicht unmöglich, so doch schwer durchzufechten sei.

Rechtsanwalt Dr. Jasper behauptete dagegen, dass die Tatsachen, die zu den Beleidigungen geführt hätten, erweislich seien.

Dann gab Dr. Franzen eine Darstellung der ganzen Vorfälle am Abend des 13.Oktober auf der Polizeiwache am Potsdamer Platz in Berlin. Diese unterscheidet sich nicht von dem, was er darüber bisher behauptet hat. Dr. Franzen erklärt, dass er den verhafteten Landwirt Guth nicht gleich identifiziert habe.

Polizeiwachtmeister Wehrmann als Zeuge gab eine wesentlich andere Darstellung der Vorgänge auf der Wache. Vor allem sagte er aus, dass Dr. Franzen den Landwirt Guth unzweifelhaft als den Abgeordneten Lohse identifiziert habe. Auf die direkte Frage: "Erkennen Sie den Verhafteten, ist das der Abgeordnete Lohse?" habe Dr. Franzen ohne Zögern geantwortet: "Ja!" Bei dieser Behauptung

bleibt der Zeuge auch auf energischen Vorhalt von Dr. Franzen.

Dieselbe Aussage macht ungefähr der folgende Zeuge, der Kriminalassistent Graf. Auf die direkte Frage, ob der Verhaftete der Abgeordnete Lohse sei, habe Dr. Franzen gesagt: "Ja, das ist der Abgeordnete Lohse. Er ist ein Parteifreund von uns!" Erst später habe Dr. Franzen ihm persönlich gesagt: "Ich wollte den Guth nicht blosstellen auf der Wache vor allen diesen Menschen. Es ist nicht Lohse."

Der Zeuge Kriminalassistent Graf sagt weiter: "Wir wurden schon wankelmütig und wollten Guth schon entlassen, als Major Heinrich kam." Als Franzen ihm vorhält: Können Sie sagen, dass ich gesagt habe, das sei Lohse?, antwortete der Zeuge Graf: Jawohl, unbedingt. Das ist der Abgeordnete Lohse, ein Parteifreund von mir, haben Sie gesagt.

Auf die Frage des Rechtsbeistandes des Ministers Franzen, ob der Zeuge Mitglied der Sozialdemokratischen Partei sei, antwortete der Zeuge mit Nein.

Der Polizeimajor Heinrich schildert den Vorgang ebenso, wie der Bericht des Berliner Polizeipräsidiums die Angelegenheit dargestellt hat. Er sagt u.a. aus: "Als ich die Wache betrat und um Aufklärung bat, was sich hier eigentlich abspiele, trat Minister Franzen auf mich zu und sagte: Ich legitimiere diesen Mann als den Abgeordneten Lohse. Sie sind nicht berechtigt, ihn festzuhalten." (Grosse Bewegung.) Major Heinrich gibt ausserdem noch den Streit über die Immunität des angeblichen Abgeordneten Lohse wieder und erzählt, wie er verfügt habe, dass Guth doch eingeliefert werden müsse. Auch die Aussage Heinrichs wird zu einer katastrophalen Niederlage Franzens. Beim Vorhalt verplapperte sich Franzen. Er begann nämlich im Gerichtssaal einen Streit über die Worte, die er mit dem Major Heinrich über die Immunität gewechselt habe. Bisher hat Franzen aber überhaupt abgestritten, über die Immunität gesprochen zu haben.

Der preussische Abgeordnete Lohse bestätigte, dass er mit auf der Polizeiwache gewesen sei und dass er bei dem Eintritt des Majors Heinrich die Wache schnell verlassen habe. Er will nur drei Fragen (auf die sich übrigens auch die anderen Zeugen Franzens geeinigt haben) gehört haben. Lohse sagt auch, dass er als Gauleiter der Nazis keine Veranlassung habe, dem preussischen Polizeisystem einen Parteigenossen auszuliefern. Er denke nicht daran, das zu tun. Wahrheit ist, sagt Lohse, dass ich meine Karte dem Parteigenossen Guth gegeben habe, damit dieser in den Reichstag kommen könne, während Guth aussagte, dass die Karte beim Mittagessen neben Zeitungen liegen geblieben sei.

Guth macht überhaupt einen sehr unsicheren Eindruck. Man hat deutlich die Empfindung, dass er auf die drei Fragen, die der Polizeibeamte gestellt haben soll, förmlich gedrillt ist. Die erste Frage soll gelautet haben: Kennen Sie den Mann auf diesem Bilde? Darauf habe Franzen gesagt: Jawohl. Die zweite Frage Kennen Sie dieses Bild? (dabei sei ihm das Bild des Lohse vorgehalten worden). Darauf habe Franzen auch gesagt: Ja. Auf die dritte Frage: Sind die beiden identisch? habe Franzen keine Auskunft gegeben. Das seien die drei Fragen, die der Polizeibeamte an Franzen gerichtet habe.

Auf die Frage eines Beisitzers: "Wie kommen Sie denn dazu, Minister Franzen aus dem Restaurant herüberbitten zu lassen?" antwortete Guth: Ich habe gehofft, dass er mich als Lohse legitimieren würde. Guth muss auf Vorhalt zugeben, dass er mit dem Verteidiger Franzens und auch mit Lohse vorher über den Prozess gesprochen hat.

Regierungsassessor Dr. Schoch-Berlin gibt auf Grund der Polizeiakten Auskunft über die Aussagen des Guth vor der Polizei, die Franzen ebenfalls schwer belasten. Ebenso verliest er Aussagen von drei weiteren Polizeibeamten, die mit den übrigen Aussagen der Polizeibeamten übereinstimmen. Schoch erwähnt auch dass gegen Franzen ein Verfahren wegen Begünstigung schwebe. Die Aufklärung über das berühmte Femebild, das die Nazi jetzt in Braunschweig hervorgeholt haben, um die Unglaubwürdigkeit der Berliner Polizei zu beweisen, wird leider nicht zugelassen.-Die Verhandlung dauert noch fort.

SPD. Paris, 5.November (Eig.Drahtb.)

Der Chefredakteur der nationalistischen "Liberté", Camille Aymard, setzt trotz der verdienten Zurechtweisung, die er am Dienstag von mehreren Mitgliedern der sozialistischen Parlamentsfraktion in den Wandelgängen der Kammer erhielt, seine gehässige Schmähkampagne gegen Léon Blum fort. In überheblichen Tönen fordert er den sozialistischen Parteiführer auf, sich am Donnerstag zehn Minuten vor Beginn der Kammersitzung zu einer Aussprache mit ihm in den Wandelgängen der Kammer einzufinden. Der nationalistische Hetzer versichert dabei in plumper Ironie, dass sich Blum vor keinem Hinterhalt zu fürchten brauche. Wenn er Uniformen oder Soldaten in den Wandelgängen erscheinen sähe, brauche er nicht zu erschrecken: es sei dies noch nicht das Kommando, das ihn wegen Vaterlandsverrat erschiessen solle.

SPD. Dem Herrn Reichsarbeitsminister ist nunmehr die von uns bereits gemeldete Einladung zu einer Aussprache mit den beteiligten englischen Ministerien zugegangen, die schon vor längerer Zeit von England angeregt war. Die Besprechung soll in London stattfinden, und zwar voraussichtlich alsbald nach dem 15.November.

SPD. Paris, 5.November (Eig.Drahtb.)

Die Reichsratsrede des Reichskanzlers Brüning wird in den Pariser politischen Kreisen dahin ausgelegt, dass Deutschland, wenn auch nicht endgültig, so doch für absehbare Zeit, den Gedanken an ein Moratorium für die Young-Zahlungen zurückgestellt habe. Man macht hier übrigens darauf aufmerksam, dass die finanzielle Erleichterung eines derartigen Moratoriums für Deutschland nicht so gross sein könnte, als die sicher zu erwartenden politischen Nachteile und die Schädigung des deutschen Kredits. Von den geschützten deutschen Zahlungen im Gesamtbetrag von 1000 Millionen entfallen nämlich in den nächsten beiden Jahren 700 bis 750 Millionen auf Sachlieferungen, und nur 250 bis 300 Millionen auf Barzahlungen. Die Einstellung der Sachlieferungen würde ausserdem die Arbeitslosigkeit in Deutschland erhöhen. Die Einstellung der Barüberweisungen, die nur etwa zwei Prozent des deutschen Steueraufkommens ausmachen, würden wahrscheinlich mit der Einrichtung einer neuen interalliierten Finanzkontrolle bezahlt werden müssen. Unter diesen Umständen legt man in Paris auch jener englischen Meldung keinen grossen Wert bei, nach der der Präsident der Federal Reserve Bank von New York, Harrison, der sich augenblicklich zu einer Rundreise durch Europa anschickt, angeblich um ein Moratorium für die interalliierten Schulden und die Young-Zahlungen verhandeln wolle.

SPD. Wien, 5.November (Eig.Drahtb.)

Die Öffentlichkeit steht unter dem Eindruck der frivolen Aktion der Regierung und zugleich der argen Blamage, die sie sich durch diese Aktion geholt hat. Die "Neue Freie Presse" nennt das Vorgehen der Regierung in ihrem Morgenblatt eine Kompromittierung des Entwaffnungsgedankens. Am Mittwoch abend erklärt das Blatt, dass der Eindruck der einseitigen Entwaffnungsaktion ungünstig sei.

Am Mittwoch wurden in der Provinz in zahlreichen Orten neuerlich Hausdurchsuchungen vorgenommen. In Wien selbst wurde ein Depot der Feuerwehr durchsucht, ohne dass irgendetwas gefunden wurde. In Linz wurde am Mittwoch in den Betrieben der Gemeinde Hausdurchsuchungen vorgenommen. So wurden im Gaswerk durch Pioniere und Polizeiabteilungen die Koks- und Kohlenlager durchgeschaufelt, allerdings ergebnislos. Eine Abteilung Polizei und Militär mit fünf

Maschinengewehren zog am Mittwoch auf dem alten Exerzierplatz auf und richtete die Maschinengewehre gegen eine dortige Fabrik. Darauf legte die Belegschaft die Arbeit nieder und kehrte während der ganzen Dauer der Haussuchung nicht in den Betrieb zurück. Die Durchsuchung blieb auch hier vollkommen ergebnislos. In der amtlichen Meldung, die am Dienstag herausgegeben wurde, und in der von einem angeblichen Fund von Handgranaten in Linz gesprochen wird, ist eine grosse Blamage. In Wirklichkeit handelt es sich nicht um Handgranaten, sondern um hölzerne Attrappen, wie sie zu Wurfübungen des Schutzbundes verwandt wurden. Wirkliche Granaten wurden in ganz Oberösterreich nicht gefunden. Die Stadt Steyr ist auch am Mittwoch noch von Militär besetzt. Eine Feldkanonenbatterie ist in Steyr eingetroffen und hat vier Geschütze in Stellung gebracht, die allerdings auf den Protest des Bürgermeisters mit Reisig verdeckt wurden. In Wiener Neustadt wurden auch am Mittwoch wieder eine Reihe von Hausdurchsuchungen vorgenommen. Besonders arg hat man es an den beiden Tagen in der Steiermark getrieben. In Leoben, dem Zentrum der Alpinen Montangesellschaft wurde am Mittwoch den ganzen Tag eine Durchsuchung in der Arbeiterkammer und de Arbeiterkonsumverein vorgenommen. Es wurden einige Spaten und Beilpickel gefunden. Ähnlich erging es in Bruck, wo ebenfalls drei Feldkanonen in Stellung gebracht wurden, deren Rohre gegen die Stadt gerichtet waren. Erst auf die Intervention des sozialdemokratischen Bürgermeisters wurden auch hier die Mündungen der Kanonen verdeckt.

Am Mittwoch abend gegen acht Uhr hat trotz des strömenden Regens die grosse Versammlung vor dem Rathaus begonnen, wo Hermann Müller und Dr. Deutsch Ansprachen hielten. An die Versammlung schloss sich der grosse Fackelzug des Republikanischen Schutzbundes und der Sportorganisationen.

SPD. Paris, 5.November (Eig.Drahtb.)

Nach einer Meldung des "Populaire" scheint nunmehr das Rätsel von Sartrouville seine Aufklärung nahe zu sein. Es ist danach als sicher anzunehmen, dass es sich bei dem verwundeten Italiener Carti um einen faschistischen Spitzel handelt, der in Paris hauptsächlich in kommunistischen Kreisen spionierte und zahlreiche Kommunisten an die faschistischen Behörden denunzierte. Im Lager von Sartrouville hatte er sich als angeblicher Antifaschist und Anhänger des Kommunismus Eingang verschafft. Nunmehr ist festgestellt, dass auf seine Anzeige hin am 30.Oktober in Rom drei Kommunisten verurteilt worden sind. Des weiteren werden am 9.November 14 Arbeiter vor dem italienischen Ausnahmegericht zu erscheinen haben, die Carti bei den faschistischen Behörden als Kommunisten verriet. In dem kommunistischen Lager von Sartrouville scheint man dem verräterischen Doppelspiel Cartis auf die Spur gekommen zu sein, was den Mordanschlag auf ihn zur Folge gehabt haben dürfte.

SPD. Die Rechtsparteien haben ihre Absichten auf Errichtung einer Diktatur im Reiche nicht aufgegeben. Nach wie vor suchen sie deshalb die normale Tätigkeit des Parlaments zu stören. Diesen Absichten dienen auch die Mitteilungen der Rechtspresse, dass die Reichsregierung beabsichtige, ihre Vorlagen noch vor dem 3.Dezember mit Hilfe des Artikels 48 in Kraft zu setzen und dass mit der Auflösung des Reichstags Anfang Dezember zu rechnen sei. Die Reichsregierung bestreitet, derartige Absichten zu haben. Sie erklärt, dass sie ihr Programm, das aus zahlreichen Gesetzesvorlagen besteht, dem Reichsrat vorgelegt habe und dort auf seine schnelle Erledigung dränge, weil sie die parlamentarische Verabschiedung dieser Vorlagen beabsichtige. Sie wolle, dass der Reichsrat sich mit der Beratung der Vorlagen so beeile, dass der Reichstag ihre Beratung am 3.Dezember in Angriff nehmen kann.

Wir haben einstweilen keinen Anlass, an diesen Angaben der Reichsregierung zu zweifeln. Die Reichsregierung weiss, dass die Anwendung des Artikels 48 zur gesetzgeberischen Verwirklichung ihres Finanz- und Wirtschaftsprogramms noch mehr mit dem Wortlaut und dem Sinn des Artikels 48 im Widerspruch stehen würde, als das bereits bei den Notverordnungen im Juni dieses Jahres der Fall war. Die Reichsregierung weiss auch, dass die Anwendung des Artikels 48 zur Verwirklichung ihres Finanzprogramms eine derartige Unsicherheit in das öffentliche Leben hineintragen würde, dass die beabsichtigte Beruhigung des Wirtschaftslebens dadurch gestört würde.

Schliesslich glauben wir auch annehmen zu können, dass die Reichsregierung sich darüber klar ist, dass eine Anwendung des Artikels 48 für die weitreichenden finanziellen Fragen auch im Auslande ungünstig wirken würde und dass jedenfalls auf diesem Wege keine günstigen Voraussetzungen für eine spätere Neuregelung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands geschaffen werden können.

Bei allen Gerüchten, die gegenwärtig von Nationalsozialisten und Deutschnationalen ausgestreut werden, handelt es sich immer um Manöver, die die politische Atmosphäre vergiften und im Sinne der Errichtung einer Diktatur beeinflussen sollen.

SPD. Paris, 5.November (Eig.Drahtb.)

Die Regierung Tardieu, die in ihrer Antrittserklärung dem Lande eine unerhörte Prosperität verheissen hatte, scheint jetzt - Ironie des Schicksals! - jenem Börsenskandal zum Opfern fallen zu sollen, der seit einer Woche die Finanzkreise in Paris in Atem hält. Vor einigen Tagen geriet die Bank Oustric, eine ungeheur geschäftstüchtige Spekulationsbank, die sich während der Frankeninflation mit rücksichtslosen Mitteln einen Platz an der Börse zu verschaffen verstanden hatte, in Schwierigkeiten. Vergeblich versuchte Finanzminister Reynaud mit den Grossbanken über eine Stützungsaktion zu verhandeln. Als seine Bemühungen erfolglos blieben, liess er die Kurse aller von der Bank Oustric kontrollierten Börsenwerte aus der Kursliste streichen. So konnte er durch Unterbindung jeglichen Geschäftes die Bank Oustric notdürftig über Wasser halten, aber eine ganze Reihe anderer Institute, die mit ihr in Geschäftsverbindung gestanden hatten, brachen des brutalen Eingriffs wegen zusammen. Am Mittwoch stellte sich nun heraus, dass in der Spekulationsbank Oustric nicht nur mehrere Politiker und Senatoren, sondern sogar ein Mitglied der Regierung Tardieu aufs schwerste kompromittiert sind. Der in Frage kommende Minister, der einst unter Briand schon den Posten des Finanzministers inne hatte, soll erst vor einer Woche seinen bezahlten Aufsichtsratsposten bei der Bank Oustric niedergelegt haben. Der Skandal hat selbstverständlich in parlamentarischen Kreisen ungeheure Entrüstung hervorgerufen und dürfte in den nächsten Tagen im Plenum zur Sprache kommen.

SPD. Bombay, 5.November (Eig.Drahtb.)

In Indien dauern die Demonstrationen der Allinder und die Gegenaktion der Polizei fort. Zum ersten Male sind jetzt in Bombay auch Frauen wegen Gesetzesübertretungen zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden. In Karachi wollten einige Geschäfte, die sich seit Monaten am Boykott englischer Waren beteiligt hatten, die Läden wieder öffnen. Demonstranten versuchten es zu verhindern, bis sie von der Polizei zerstreut wurden. Dabei gab es 10 Verletzte. In Bombay wurde am Mittwoch einem englischen Beamten eine Bombe auf das Dach des Hauses geworfen. Die Bewohner blieben unverletzt. Es erfolgte eine Polizeiaktion, die viel Demonstranten anlockte. Auf beiden Seiten wurden je 12 Personen verwundet.

SPD. Braunschweig, 5.Nov. (Eig.Drahtb.)

Im Franzenprozess setzte das Gericht den Termin der Urteilsverkündung auf den 17.November fest. Die einstweilige Verfügung, die auf Wunsch Franzens in einer Viertelstunde erlassen worden ist, war völlig unbegründet. Obwohl die Verhandlung die durchschlagendsten Gründe für die Aufhebung ergeben hat, braucht das Gericht 12 Tage, um sich ein Urteil zu bilden!

SPD. Stockholm, 5.November (Eig.Drahtb.)

Der amerikanische Schriftsteller Sinclair Lewis erhielt den diesjährigen literarischen Nobelpreis.

SPD. London, 5.November (Eig.Drahtb.)

Auf der Mittwochsitzung des englischen Unterhauses erklärte Aussenminister Henderson, England sei bereit die mit der früheren Wafd-Regierung begonnenen und abgebrochenen Verhandlungen über einen ägyptisch-englischen Vertrag wieder aufzunehmen, sobald eine ägyptische Regierung vorhanden sei, die sich auf eine aus freien Wahlen hervorgegangene Parlamentsmehrheit stützen könne. Diese Erklärung Hendersons ist eine deutliche Absage an die gegenwärtige ägyptische Diktatur. Die Arbeiterregierung betrachtet sie nicht als einen verhandlungsmässigen Partner. Fuad hat sich getäuscht, wenn er glaubte, durch einen Husarenstreich die englische Arbeiterregierung vor vollendete Tatsachen zu stellen und sie an den Konferenztisch bringen zu können. Die Erklärung Hendersons ist ein schwerer Schlag für den Diktator und macht einen dicken Strich durch seine Rechnung.

SPD. Wien, 5.November (Eig.Drahtb.)

Wer gemeint haben sollte, dass sich die österreichische Arbeiterschaft durch die Provokationen der Heimwehrregierung in ihrem Kampfesmut und in ihrer Entschlossenheit beirren lassen könnte, dem dürfte der Anblick der am Mittwoch abend stattgefundenen sozialistischen Massendemonstration vor dem Rathausplatz und des darauf folgenden Marsches durch die Ringstrasse eines besseren belehrt haben. Trotz des strömenden Regens hatten sich etwa 200 000 Menschen vor dem Rathausplatz und in den anliegenden Strassen zusammengefunden. Die Demonstration war eigentlich als eine Kundgebung der sozialistischen Jugend und der Arbeitersportverbände gedacht, aber ein grosser Teil auch des sonstigen arbeitenden Wiens war dem Rufe gefolgt, obwohl zur selben Zeit in den verschiedensten Bezirken Massenversammlungen der Partei in geschlossenen Räumen bereits stattfanden, die alle ebenfalls überfüllt waren. Als Redner sprachen Genosse Hermann Müller und Genosse Julius Deutsch.

SPD. Prag, 5.November (Eig.Drahtb.)

Im Hauptausschuss des Senats antwortete am Mittwoch Aussenminister Benesch auf die Rede Dr. Curtius. Er drückte sein Bedauern über die Interpretation aus, die der deutsche Aussenminister den Prager Vorfällen gegenüber aussprach. Benesch sagte, dass Curtius die Äusserung nur deshalb tun konnte, weil er über die Ereignisse in Prag und in der Tschechoslowakei unrichtig informiert war. Curtius habe fälschlich die Aufregung wegen der deutschen Tonfilme mit der gegen die gesamte deutsche Kultur verwechselt. Von einem Kulturboykott könne keine Rede sein. Benesch sagte weiter, dass er die Auslegung über die Kundgebung des Deutschen Theaters zurückweisen müsse, die als das Beginnen einer ex-

tremen Gruppe nicht mit der tschechoslowakischen Volksmeinung identifiziert werden könne. Das Einschlagen der Fenster am Deutschen Theater sei nur das Werk von Gassenbuben gewesen und nicht das des tschechischen Volkes. Die Kundgebung des Ministers Curtius über das Deutsche Theater sei in einer Weise vorgebracht worden, dass sie den allgemeinen Eindruck hervorrief, als sollte sie die Durchführung eines bestimmten Einflusses aus dem Ausland in unsere eigenen innerpolitischen Angelegenheiten bedeuten. In diesen Dingen sind wir mit vollem Recht sehr empfindlich und wir müssen uns dagegen entschieden wehren.

SPD. London, 5.November (Eig.Drahtb.)

Die Ereignisse in Österreich finden täglich mehr die Beachtung der englischen Öffentlichkeit und mit wachsender Besorgnis registriert und verfolgt die englische Presse auf Grund der Meldungen den erbitterten Kampf zwischen der österreichischen Demokratie und den Führern der Heimwehren. Wie das demokratische England und besonders die englische Arbeiterregierung und die Labour-Party stehen, beweist ein Leitartikel des "Daily Herald". Das offizielle Organ der Labour-Party sagt am Donnerstag: Der Kampf in Österreich zwischen der verfassungsmässigen Demokratie und den schwer bewaffneten Kräften des Faschismus ist nicht nur für Österreich, nicht nur für Europa, sondern für die gesamte Welt von vitaler Bedeutung. Aufgebläht durch den Wahlerfolg Hitlers planen die faschistischen Führer Österreichs nichts geringeres, als die Vernichtung der Verfassung. Sie machen nicht einmal ein Geheimnis von ihren Absichten. Fürst Starhemberg erklärt: Wie auch die Wahlen ausgehen mögen, er und seine faschistischen Kollegen würden in Zukunft Österreich regieren. Ein Staatsstreich wird vorbereitet. Es ist ein schlechtes Beginnen. Österreich ist in einer wirtschaftlichen Lage, die es mehr als alle anderen Länder vom ausländischen Kredit abhängig macht. Dieser mit so vieler Mühe wieder aufgerichtete Kredit muss bei einem Beginnen, wie es die Heimwehrführer planen, in der unheilvollsten Weise erschüttert werden. Wo eine Demokratie lebt, wird ihre Sympathie mit der österreichischen Demokratie sein und mit ihrem Kampf. Die faschistischen Führer werden gut tun, sich dessen bewusst zu sein und gleichfalls daran zu erinnern, dass es noch andere Kräfte gibt, die, wenn sie auch wenig Sympathie mit der Sozialdemokratie haben mögen, dennoch unverzüglich und in Gefahr bringender Weise feindlich berührt werden durch einen Angriff auf die Stabilität und auf die friedliche Entwicklung Österreichs!

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Gruss nach Oesterreich!

SPD. Die Aktion des Heimwehrführers Starhemberg gegen die Arbeiterpartei unmittelbar vor der Neuwahl des Parlaments wird im ganzen Reich mit erregter Spannung verfolgt. Die Waffensuche in den Häusern und bei den Vertrauensmännern der Sozialdemokratischen Partei, ausgeführt durch die dem Starhemberg unterstehende Polizei und Gendarmerie, wird vom Bundeskanzler und Wehrminister Vaugoin durch Kommandierung des Bundesheeres in der wirksamsten Weise unterstützt. Die Truppen, die durch jahrelangen Terror so gut wie sozialistenfrei gemacht worden sind, sperren die auszuräumenden Lokale in weitem Umkreis ab und halten ihre Waffen bereit, um jede Auflehnung der werktätigen Massen blutig niederzuschlagen. Der allergrösste Teil der beschlagnahmten Waffen war mit Wissen der Regierung und unter gemeinsamer Verwaltung der Sozialdemokratie und der Christlichsozialen vor langer Zeit eingelagert worden, so 1922, nachdem der ungarische Bandenkrieg im Burgenland beendet war. Ein anderer Teil dieser Waffen war auch schon vor längerer Zeit illegalen Formationen weggenommen und gleichfalls mit Wissen der Regierung und unter gemeinsamer Verwaltung der beiden grössten Parteien des Landes aufbewahrt worden.

Soweit in Tirol Waffen der Arbeiterschaft gefunden worden sind, fallen sie unter das jahrhundertealte Privileg der Tiroler Waffenfreiheit, auf das sich die Tiroler Landesregierung immer berufen hat, wenn die Arbeitervertreter Abhilfe gegen das Waffentragen der Faschisten verlangten. Während aber die in Verwahrung von Arbeiterorganisationen, Schützenvereinen und dergleichen liegenden Waffen vom Staat weggeholt werden, rührt sich keine Hand und kein Arm des Gesetzes gegen die ungleich grösseren und gefährlicheren Waffenvorräte der Heimwehr.

In der reichsdeutschen Sozialdemokratie herrscht das grösste Interesse für die Bruderpartei in Deutschösterreich. Als am 15.Juli 1927 jene fürchterlichen Ereignisse in Wien geschehen waren, fragten unsere Genossen stürmisch nach weiteren Nachrichten aus Wien. Und so oft drüben eine krisenhafte Zuspitzung eintrat, äusserte sich die gleiche leidenschaftliche Anteilnahme. Nicht nur in einer Freundschaft, die durch viele Besuche führender Genossen aus der einen deutschen Republik in der andern, aus zahlreichen Gruppenreisen und persönlichen Beziehungen hin- und herüber stammt, sondern mit Stolz blicken unsere Genossen auf das rote Wien und die vorbildlichen Leistungen der "Rathausmarxisten" für das Volkswohl. Man weiss bei uns, dass die deutschösterreichische Sozialdemokratie mit 42 Prozent aller Wählerstimmen und mit fast 800 000 Parteimitgliedern in einem Lande von 6½ Millionen zu den relativ stärksten Gruppen der Internationale gehört und man weiss auch, wie sehr die Denkarbeit führender Wiener Genossen und Tempo wie Geist der Agitationsarbeit unserer österreichischen Genossen Wissen und Methode der reichsdeutschen Partei bereichert haben.

Diese lebendige Anteilnahme äussert sich nun auch unter dem Eindruck der neuesten Vorgänge in Deutschösterreich durch Fragen, ob denn unsere Bruderpartei all das über sich ergehen lassen müsse, ob sie nicht vielleicht etwas versäumt habe, dass heute der frechste Missbrauch der Staatsmacht und der Gesetze, wie er sich auch in den Zeitungskonfiskationen äussert, gegen sie verübt werden kann. Die Antwort auf diese Frage ist einfach genug: wie in allen Ländern, hat auch die deutschösterreichische Sozialdemokratie in ihrer ganzen Geschichte Gewaltanwendung im politischen und sozialen Kampf ebenso von sich gewiesen, wie sie die Gewaltanwendung des Einzelnen gegen andere oder die Gesamtheit verwirft. Im Ringen gegen gewalttätigen Radikalismus ist auch die österreichische Sozialdemokratie gross geworden, und stets hat sie sich auf dem Boden des Gesetzes bewegt. Ja sogar im Zusammenbruch Altösterreichs hat die Sozialdemokratie nicht einen Tag, nicht eine Stunde die Regierungsmacht allein ausgeübt; vom ersten Augenblick der Republik an, hat sie die Macht im Staate

sowohl wie in den Ländern und Gemeinden mit den anderen Parteien, besonders den Christlich-Sozialen geteilt. Gewiss hat die Sozialdemokratische Partei gewaltige Demonstrationen veranstaltet, um den Aktionen ihrer Abgeordneten im Parlament Nachdruck zu geben. Aber Demonstrationen sind durch die Gesetze nicht verboten, und die Sozialdemokratie hat durch ihre straffe Organisation und durch die Aufstellung ihres Ordnerdienstes stets dafür gesorgt, dass ihre Kundgebungen innerhalb der Schranken des Gesetzes und der öffentlichen Ruhe und Sicherheit blieben.

Was am 15.Juli 1927 in Wien geschah, war von der Partei nicht organisiert und nicht veranstaltet. Hundert Tote und hunderte Verwundete - das war das Ergebnis dieses blutigen Tages. Ein gellender Schrei nach Waffen zum Selbstschutz ging durch die Wiener Arbeiterschaft. Die Partei folgte diesem Schrei nicht. Sie proklamierte, dem Drängen der Eisenbahner und Postler folgend, den Verkehrsstreik, der nach kaum dreitägiger Dauer abgebrochen wurde. Auch dieser Streik war durch die Gesetze nicht verboten.

Seither aber sind Heimwehrrüstung und Heimwehrterror ins Unerträgliche gestiegen! Die Partei hat alle Anregungen und Aufforderungen, der Gewalt mit Gewalt entgegenzutreten, von sich gewiesen. Sie weiss, dass den Seipel, Vaugoin und gar erst einem Starhemberg nichts erwünschter sein könnte, als wenn sich die Arbeitermassen zur Gewaltanwendung herausfordern liessen. Mit dem Stimmzettel wird das Volk am kommenden Sonntag die Antwort geben, ob es die Demokratie oder den Faschismus will! Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hat Ausnahmegesetze und schärfste Unterdrückung überstanden, von ihr gilt das Wort nicht: "Die Gesetzlichkeit tötet uns!"

SPD. Paris, 5.November (Eig.Drahtb.)

Die Abrüstungstagung des Völkerbundes, die unter dem Zeichen des immer noch ungelösten französisch-italienischen Flottenstreites beginnen wird, wird von den Pariser politischen Kreisen mit ausserordentlich starker Skepsis beurteilt. Nach dem Misserfolg der Vermittlungsaktion, zu der sich der amerikanische Botschafter in Brüssel, Gibson, mit so viel Hoffnung aufgemacht hatte, hat zwar Briand beim englischen Botschafter in Paris abermals den Versöhnungswillen Frankreichs betont, tatsächlich aber haben weder Frankreich noch Italien die geringste Neigung gezeigt, aus ihrer bisherigen starren Haltung herauszutreten. Frankreich hält weiterhin an der These seiner höheren Flottenbedürfnisse fest, während Italien aus Prestigegründen seine Paritätsforderung nicht fallen lassen will. Mit Konzessionen auf anderen Gebieten - französische Kredite für die italienische Wirtschaftskrise, Grenzberichtigung gegenüber Tripolis - dürfte bei der heillos verfahrenen Lage auch nicht viel auszurichten sein, zumal die französische Konzessionsbereitschaft durch die letzte Hetzrede Mussolinis nicht gerade gestiegen ist. Leider droht der ungelöste Flottenstreit seine üblen Rückwirkungen auch auf den deutschen Abrüstungsvorstoss ausüben zu wollen. Den beiden angelsächsischen Ländern, England und Amerika, liegt natürlich viel mehr an einer Flottenabrüstung als einer Abrüstung zu Lande. Es dürfte sich also wieder das fatale Schauspiel ergeben, dass Frankreich sich einige mässige Flottenkonzessionen abringen lässt, wenn es dafür die volle Freiheit für die Rüstungen zu Lande erhält. Die Angelsachsen würden bei einem derartigen Kuhhandel darauf verzichten, den deutschen Vorstoss, dem sie an sich sympathisch gegenüberstehen, auf der Abrüstungskonferenz praktisch zu unterstützen. Was aber dann an greifbaren Ergebnissen zu erwarten ist, dürfte nur eine Enttäuschung sein.

Landtag-Stimmungsbild.

SPD.Berlin, 5.November 1930 (Eig.Ber.)

Der Preussische Landtag stand am Mittwoch im Zeichen der Aussprache über die grossen Grubenkatastrophen von Neurode und Alsdorf.Auf der Tagesordnung standen die sozialdemokratischen grossen Anfragen über das Unglück von Neurode, das 151 und über das Unglück von Alsdorf, das bis jetzt 266 Todesopger forderte Die Staatsregierung wird interpelliert, welche Ursachen insbesondere das noch immer unaufgeklärte Alsdorfer Unglück hatte, ob die bergpolizeilichen Vorschriften innegehalten worden sind und in welcher Weise die Regierung in Zukunf vorbeugende Massnahmen zu treffen gedenkt.Aehnliche Anfragen haben fast alle Fraktionen eingebracht.

Die sozialdemokratische Anfrage über das Alsdorfer Unglück begründete Abg. Fries-Köln. Was er zu sagen hatte war kurz, aber es war eine furchtbare Anklage gegen ein System, das sich am sprechendsten selbst charakterisiert durch die "Deutsche Bergwerkszeitung", die den erschrockenen Aktionären unmittelbar nach dem entsetzlichen Unglück die "beruhigende" Mitteilung machte, dass auch künfti der Profit nicht gefährdet ist, dass Dank der Verbindung mit dem ausländischen Kapital bei der betreffenden Grube eine Dividende von 14% bis 1942 gesichert ist. Ein solcher Zynismus und eine solche Frivolität im Angesicht der noch nich beerdigten zweieinhalb Hundert Opfer der Katastrophe könne nicht mehr gesteigert werden.

Mit scharfen Worten geisselte der Redner das schon so oft kritisierte Antreibersystem,das namentlich bei dem Eschweiler Bergbauverein in Blüte steht, ein Unternehmen, das sich den Arbeitern, Angestellten und technischen Beamten gegenüber seit jeher durch eine besonders antisoziale Haltung ausgezeichnet hat.

Abg.Franz-Oberschlesien (Soz.) begründete die Anfrage seiner Fraktion über das Grubenunglück in Neurode. Auch diese Katastrophe zeige, dass an der Grubenkontrolle noch immer viel zu viel gespart wird. Es sei zwecklos, sich immer nur dann an die Bergarbeiter zu erinnern,wenn Hunderte von ihnen solchen Katastrophen zum Opfer gefallen sind. Dann redet und schreibt man von "Helden der Arbeit", aber kurze Zeit danach schreien die Unternehmer öffentlich über die hohen Lasten der Sozialversicherung und die Kosten der Grubenkontrolle.Statt unfruchtbare Debatten über die Schuldfrage zu führen, sei es besser, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, wie man vorbeugend wirken kann.So sei es im höchsten Grade bedauerlich, dass der Untersuchungskommission über die Kohlensäuregefahr im Bergbau nicht ein Mann der praktischen Arbeit, also nicht ein einziger Bergmann angehört.

Die Anfragen wurden durch Ministerialrat Rother vom Handelsministerium beantwortet.Daraus geht hervor,dass der Kohlensäureausbruch in Neurode der grösste gewesen ist, der sich ohne Anzeichen im niederschlesischen Bezirk ereignete. Die Ursachen der Alsdorfer Katastrophe sind bis heute noch nicht festgestellt. Jedenfalls stelle dieses Unglück den Bergbau und die Bergbehörden vor neue schwere Probleme der Unfallverhütung.

Auch Handelsminister Dr.Schreiber antwortete in kurzen Ausführungen auf die Anfragen.Er wies insbesondere kommunistische Angriffe zurück und stellte fest,dass im russischen Steinkohlenbergbau die Zahl der Unfälle höher als im deutschen ist.In keinem Lande der Welt sei so viel zum Schutze für die Sicherheit der Bergarbeiter geschehen wie in Deutschland.Es sei unmöglich,namentlich ohne Klärung der Ursachen, für solche Unglücksfälle, die man nur mit einem Naturereignis vergleichen könne, schon jetzt Einzelpersonen oder die Behörden verantwortlich zu machen.

Die Aussprache wird am Donnerstag fortgesetzt.Ausserdem stehen auf der Tagesordnung die Abstimmungen über die Misstrauensanträge gegen Innenminister Severing.

Aus aller Welt

Von Hitler zu Weissenberg.

Notwendiges Nachwort zum Weissenberg=Urteil - Das Ende eines Narren - Warum die Zeugen versagten - Das Käsewunder und das Wunder des Dritten Reiches.- Folgen der Wirtschaftskrise.

SPD. Der "göttliche Meister" Josef Weissenberg ist vom Schöffengericht Berlin=Mitte wegen fahrlässiger Körperverletzung im Falle Hensicke zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Es handelt sich hier um die Schuld an der Erblindung eines 16 Monate alten Landarbeiterkindes, dessen ganz normale Augenentzündung Weissenberg durch weissen Käse "heilen" liess; das Kind verlor sein Augenlicht. Im Falle des Apothekers Wernicke,der an Blutvergiftung starb, erfolgte Freispruch wegen Mangels an Beweisen. Landgerichtsdirektor Arndt bemerkte in der Urteilsbegründung,dass der Tod des Drogisten Wernicke auf Unterlassung der Insulinbehandlung zurückzuführen sei. Ein Verschulden wäre dem Angeklagten nur nachzuweisen,wenn ihm für diese Unterlassung die Verantwortung träfe. Trotzdem viele Indizien auch hier gegen den Angeklagten sprachen,liess sich eine direkte Schuld nicht nachweisen.

Der merkwürdig anmutende Freispruch im Falle Wernicke liegt nicht an der Prozessführung,sondern an der besonderen Eigenart der zum Fall Wernicke vernommenen Zeugen. Alle Zeugen, die aus dem Kreise der Gläubigen des Wunderdoktors herkommen,haben vor Gericht dasselbe Theater aufgeführt: Sie können sich nicht mehr genau erinnern. Sie wissen nicht, ob sie mit Weissenberg oder jemand ander verhandelt haben. Sie verstehen die Fragen nicht oder sie geben ausweichende Antworten,die nichts mit der Sache zu tun haben. Genau wie ihr "lieber Meister" so erzählen sie auch selbst bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit von ihrem Glauben und von ihrem religiösen Vertrauen in die Wunderkraft des Meisters und verschmähen es,ihr eigenes Recht auf Gesundheit gegenüber den Missgriffen dieses "Meisters" zu verteidigen.

So können nur Menschen reden und handeln,die vollkommen von einem religiösen Wahn besessen sind. Wir hatten Gelegenheit, uns von einem der bekanntesten Berliner Gerichtssachverständigen seine Eindrücke von mehrmaligen Besuchen in Weissenbergs Hochburg bei Zossen berichten zu lassen.Der Sachverständige erzählt,dass der grosse Holztempel, mit den vielen Tausenden von täglichen Besuchern und der endlosen Kette von Automobilen aus aller Herren Länder auf ihn den Eindruck eines regelrechten Wallfahrtsortes gemacht habe,gerade so wie etwa Lourdes und ähnliche Plätze.Wenn man sich den wartenden Gläubigen nähert, so wird man immer wieder beobachten können,wie plötzlich hier und da einzelne Menschen,meist Frauen,von hysterischen oder epileptischen Anfällen befallen werden,und wie dann eines der "Werkzeuge" des "göttlichen Meisters" herzueilt und die Patienten durch Handauflegen und ein paar suggestive Zauberformeln wieder in einen halbwegs bewussten Zustand zurückbefördert.Man kann sich das ganze Gebahren der Menge nur erklären, wenn man hier das Vorliegen einer regelrechten Massenpsychose annimmt, d.h., einer vorübergehenden Geistesgestörtheit einer grösseren Menschenmenge unter dem suggestiven Einfluss eines scheinbaren Wunders. Unsere Zeit neigt ja in besonders hohem Masse zur Ausbildung derartiger Erscheinungen,und,psychologisch verstanden,ist der Weg von Weissenberg zu Hitler garnicht besonders weit. Was bei Weissenberg der weisse Käse,das ist bei Hitler das Dritte Reich.

Die tieferen Ursachen zur Ausbreitung derartiger Massenpsychosen sind wohl in unserer derzeitigen Wirtschaftskrise zu suchen. Wer die Geschichte des Volksaberglaubens kennt, wird immer wieder die Feststellung machen, dass die Menschen in Zeiten wirtschaftlicher Not und politischer Verwirrungen ganz besonders empfänglich für allen Wunderglauben und alle exzentrischen Volksbewegungen sind. Genau so, wie in früheren Zeiten wirtschaftlicher Krisenzustände ganze Ortschaften von einer veitstanzartigen Tanzwut befallen wurden und unter Gliederverzerrungen und den wunderlichsten Tanzsprüngen durch die Gegend wanderten, genau so erleben wir in unserm Jahrzehnt der wirtschaftlichen Spätfolgen des Krieges auf der einen Seite die Soldatenspiele der Nazis und sonstigen Hitlerverwandtschaft und auf der anderen Seite den Massenwahn von Konnersreuth, Gallspach und Zossen. Die gesunde Mehrheit des Volkes wird sowohl mit der Weissenberg- als auch mit der Hitlerpest fertig werden.

\+ + +

Das Nachspiel zur Luftschiffkatastrophe.

Das Rätsel von Beauvais ist noch nicht gelöst – Der Zeugenaufmarsch vor dem englischen Untersuchungsausschuss – Die Schilderung der Ueberlebenden – Die überhetzte Abreise – Eckeners – In Erwartung.

SPD. London, 5. November (Eig. Bericht)

Seit einer Woche tagt der englische Untersuchungsausschuss, der die Ursachen der Luftschiffkatastrophe feststellen soll. Bis heute ist das Ergebnis gleich Null. Ein Zeuge nach dem andern marschiert auf: Ingenieure, Direktoren und Angestellte der Luftschiffahrtswerft. Die drei Ueberlebenden der Katastrophe schildern noch einmal die nächtliche Fahrt von London bis Paris, den Absturz, die Sekunden der Rettung, das Jammern der Sterbenden und das Grauen der Trümmer. Dokumente werden verlesen, Briefe und Wetternachrichten; auch der französische Wilddieb tritt auf, der als einziger den Absturz des Luftschiffs aus nächster Nähe sah. Im Gerichtssaal hängt ein Modell von "R.101", die Konstruktionspläne liegen auf, die Zeichnungen für die Vergrösserung des Schiffes, die Regierung hat alle ihr zur Verfügung stehenden Schriftstücke dem Gericht übergeben: die Ursachen der Katastrophe liegen jedoch nach acht Tagen ebenso im Dunkel wie zuvor.

Die Wissenden sind tot!

Jene, die Auskunft geben könnten, sind tot, und die Ueberlebenden sind auf Vermutungen angewiesen. Das ist jedoch sicher: England wollte der britischen Reichskonferenz eine Probe seiner flugtechnischen Leistungen geben. Die in London versammelten Vertreter der Ueberseestaaten sollten sehen, wie eng das Mutterland mit den Dominons durch den Luftweg verbunden ist, wie schnell die räumlichen Entfernungen überwunden werden können. Deshalb auch der Indienflug vom "R.101" zur Zeit der britischen Reichskonferenz, und darin scheint uns das Hauptübel und vielleicht die Ursache der Katastrophe zu liegen. Man nahm keine Rücksicht auf Wetter und Wind, man besass nicht genügend Erfahrung für eine solche Riesenreise.

Der fehlende Probeflug.

Es war nicht einmal Zeit für einen entsprechenden Probeflug. Es mag sein, dass das Luftschiff, als es den Kanal überflog, zu viel Ballast hatte, dass die in der Unglücksnacht niedergehenden Regenmassen das ohnehin überladene Schiff niederdrückten und manöverierunfähig machten. Es mag seim, dass die Gasballons undicht wurden und den Explosivstoff ausströmen liessen, der sich dann entzündete und in wenigen Minuten den Luftriesen bis zum Eisengerippe ausbrannten. Es mögen sogar verschiedene dieser unheilvollen Tatsachen zusammengewirkt haben von denen jede einzelne allein genügt hätte, den Untergang herbeizuführen. Die Hauptschuld scheint uns jedoch in dem durch politische Rücksichten erzwungenen

Indienflug zu liegen,sodass diese Ueberseefahrt in jedem Falle zu einem Va=
banquespiel werden musste.

Was wird Eckener sagen?

Dass es möglich ist,grosse und tagelange Luftschiffreisen zu bewerkstel=
ligen,beweisen die Fahrten des deutschen Zeppelin. Sein Kapitän,Dr.Eckener,ist
in London als Sachverständiger geladen,und seine Aussage wird mit grosser Span=
nung erwartet. Vielleicht ist sein Urteil das einzig hieb= und stichfeste und
was er sagt,wird wahrscheinlich für das Untersuchungsergebnis entscheidend
sein. Kann aber selbst Eckener mehr geben,als Vermutungen?

\+ + +

Ein drahtloser Erfinder

– der aber nicht "drahtlos" bleiben wollte – Er betrog seinen Kompagnon um
beträchtliche Gelder und wurde dafür zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteil

SPD. Frankfurt/Main,5.Nov.(Eig.Drahtb.)

Vor der Strafkammer in Frankfurt/Main wurde am Mittwoch der Betrugsprozess Dr.jur.Sticherling verhandelt.Sticher= ling war wegen Betruges erstinstanzlich zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt wor= den. Das Berufungsgericht setzte die Strafe auf neun Monate herab.Das Verhal= ten des Angeklagten hatte keine andere Beurteilung erfahren,aber der vom Ange= klagten angerichtete Schaden wurde in der zweiten Instanz für niedriger er= achtet, als in der ersten.

Sticherling, ehemaliger Referendar am Potsdamer Landgericht, trat während und kurz nach der Inflationszeit in Berlin als ehemaliger Offizier eines feu= dalen Kavallerie=Regimentes auf, spielte eine grosse Rolle in einem Klub ehe= maliger Offiziere und gab an, mit einer schwerreichen Rittergutsbesitzerin ver= lobt zu sein. Man kam sehr bald dahinter,dass Sticherling niemals Offizier ge= wesen war und dass er die Rittergutsbesitzerin bei einer Heiratsvermittlerin zwar kennen gelernt hatte, dass aber von einer Verlobung nie die Rede gewesen war. Sticherling imponierte durch sein gewandtes Auftreten überall so,dass ihm alle möglichen kleineren Betrügereien glatt gelangen. Als ihm eines Tages in Berlin der Boden unter den Füssen zu heiss wurde, verschwand er plötzlich und tauchte bald beim Nachrichtendienst des französischen Generalstabes der Rhein= armee wieder auf. Er hat dort bis zum Zusammenbruch der separatistischen Bewe= gung eine grosse Rolle gespielt.Ein Hochverratsprozess, der gegen Sticherling angestrengt wurde, musste aber wegen Mangels an Beweisen wieder eingestellt wer= den. Von Frankfurt a.M. aus knüpfte Sticherling Beziehungen mit Professor Dieck= mann von derTechnischen Hochschule in München an. Er erwarb sich von dem Pro= fessor, dem er vorschwindelte, im Besitze grosser Geldsummen zu sein,das Mitei= gentum einer Erfindung, die Professor Dieckmann auf dem Gebiete der drahtlosen Bildübertragung gemacht hatte. Sticherling nahm eine Reihe von Geldern auf und betrog seinen Kompagnon um mehrere tausend Mark. Als Dieckmann merkte,dass Sti= cherling ihn betrog, ging er gerichtlich gegen ihn vor.Aber rasch war Sticher= ling verschwunden, und der Polizei war es zunächst unmöglich,ihn ausfindig zu machen. Als man ihn eines Tages in Amsterdam auftauchen sah,wurde er sofort ver= haftet und von Holland an Deutschland ausgeliefert.

Sticherling verstand es ausserordentlich gut, den Prozess mit allen mög= lichen Mitteln 2½ Jahre lang hinauszuzögern. Im Oktober 1927 wurde er wegen Be= trugs zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Dr.Sticherling legte Berufung gegen

dieses Urteil ein. Als Beweismaterial für die Nichtigkeit der Behauptung des Betruges gab er an, dass die Bücher der Bildübertragungsstelle in München, die die Erfindung des Professors Dieckmann auswertete, unrichtig geführt wären, also als Beweis gegen ihn nicht in Frage kämen. Sticherlings Angabe stimmte, aber das Gericht kam trotzdem zur Verurteilung, da ihm der Beweis des Betruges einwandfrei erbracht erschien.

\+ + +

50 Jahre Joe May.

Vom Feuerzeughändler zum Tonfilmführer – Der 50. Geburtstag des "Totengräbers der deutschen Filmindustrie".

SPD. Am Freitag, den 7. November feiert der bekannte Filmregisseur Joe May seinen 50. Geburtstag. Er erzählte unserm Berliner Mitarbeiter die abenteuerliche Geschichte seines Lebens.

Es ist im Jahre 1915. In Berlin tagen die Filmindustriellen. Der Regisseur Rudolf Meinhard hält eine Rede, in der ein gewisser Joe May als "Totengräber der deutschen Filmindustrie" gebrandmarkt wird. Was ist los? Joe May hat einen Film gedreht, der – man höre und staune – den riesenhaften Betrag von 12 000 M "verschlungen" hat. Unter anderem hat er sich erlaubt, für seine Frau Mia, die als Star fungierte, modische Kleider eigens entwerfen zu lassen. Wie soll – erklang es vom Rednerpult – die deutsche Filmindustrie weiterbestehen, wenn solche Unsummen an einen einzigen Film gewendet werden. Ein Zusammenbruch wäre da unvermeidbar, ganz zu schweigen vom Gewinn – und wie Herr May sich denn das dächte ...Soweit der Redner. "Herr May" aber dachte ganz richtig.

Wenige Jahre später drehte dieser "Totengräber" einen Film, der nicht 12 000 Mark, sondern 3,2 Millionen Mark kostete ("Die Herrin der Welt"), und der ein Riesenerfolg und ein Riesen"geschäft" wurde.

\+

Eine kleine Ueberraschung: Joe May hat Anrecht auf den Titel "Dipl. agric.". Er absolvierte in Berlin die landwirtschaftliche Hochschule, unbeschwert von allen filmischen Problemen. Wie er zu denen kam – das ist eine überaus bunte, recht abenteuerliche Geschichte.

Die ersten Führer einer neuen Kunst haben immer irgend wann einmal in Dachkammern gehungert – May hat es nie. Er hat sich, wie er stolz erzählt, immer recht gut über Wasser und sein Schäfchen deshalb auf dem Trockenen halten können, teils als Agent einer Feuerzeug=Fabrik und teils als Theaterdirektions=Stellvertreter. Als 1910 in einem Hamburger Theater eine Revue "Rund um die Alster" aufgeführt wurde, hatte May seinen ersten "Film=Vertrag" abgeschlossen: man überliess ihm die gesamte Reklame=Ausbeute der Revue, als Gegenleistung sollte er zwei Zwischenakts=Filme liefern. May machte aus dem Bühnenstück eine Reklameschau, stellte aber zwei Kurzfilme her, dass sich vor Lachen die Balken bogen. Man hatte ihm aus Berlin einen Operateur geschickt – es war der noch heute wirkende Schünemann – und der schleppte ihn kurzerhand begeistert mit in sei Berliner Filmfirma. Etwa Folgendes spielt sich dort ab:

Schünemann: "Draussen steht ein begabter Film=Regisseur. Er heisst Joe May". May wird hereingeholt: "Sie sind also Film=Regisseur? Haben Sie ein Manuscript?" – May: "Ja!" – "Wann kann ich es sehen?" – May: "Morgen früh". – "Gut – kommen Sie morgen früh". May stürzt zurück ins Hotel – an ein Film=Manuscript ist garnicht zu denken – Kragen fliegt in die Ecke, Hemdsärmel hoch – und nun setzter sich hin und schreibt zusammen mit seiner Frau bis acht Uhr früh ein Manuscript – wäscht sich, rasiert sich und ist um neun Uhr bei "seiner" Firma – wird engagiert und beginnt mit der Regie dieses in einer Nacht geschriebenen Films. Er heisst "In der Tiefe des Schachtes".

Der Film-Operateur Schünemann aber hat das Recht, in seinen Memoiren dermaleinst zu schreiben: "Wie ich Joe May entdeckte".

+

Wer erinnert sich noch der "Rätsel-Filme" - beliebt um 1914? Je ein Auflösungsfilm folgte ihnen als Fortsetzung. Joe May geht von hier aus zu den ersten guten Detektivfilmen über. Es entsteht die ganze Stuart-Webbs-Serie ("Das Panzergewölbe", "Die geheimnisvolle Villa" usw.) - und die Serie mit Joe Deeb (Max Landa). Parallel damit beginnt die Produktion der Grossfilme mit Mia May. "Veritas vincit" (1918) wurde zum Markstein in der Geschichte des Filmes, der Beginn einer neuen Epoche, der für Grossfilme wie Lubitsch's "Madame Dubarry" den Weg bereitete. Auf diesem Wege stellt schliesslich die "Herrin der Welt" rein quantitativ das gewaltigste Werk der Kamera dar, das je geschaffen wurde. Es bleibt, ebenso wie das "Indische Grabmal" eine vielleicht nie übertroffene Arbeitsleistung.

Der Erfolg geht weiter an seiner Seite. Mit Mia May und Emil Jannings schu May "Die Schuld der Lavinia Morland" und die "Tragödie der Liebe". In den letzten Jahren haben "Heimkehr", "Asphalt" und "Ungarische Rhapsodie" seinen Namen aufs Neue gefestigt.

+

Der Techniker in ihm steht dem Künstler an Ehrgeiz nicht nach. Eine Reihe von Erfindungen und von praktischen Anwendungen neuer Möglichkeiten zeigt ihn als Praktiker der Photographie. Joe May hat die Rundblende erfunden, die das Verlöschen eines Bildes von allen Seiten her nach dem Mittelpunkt zu ermöglicht - und damit einen Effekt abgab, der seine Wirkung auf das Publikum nicht verfehlte.

Er hat im "Indischen Grabmal" als Erster bemalte Glasplatten verwendet, um dem Zuschauer natürliche Landschaftsaufnahmen vorzutäuschen.

Er hat als Erster wirkliche Effektbeleuchtung hervorbringen können. Wenn früher z.B. auf flimmernder Leinwand Kerzenbeleuchtung dargestellt werden sollte, so sah man zwar eben die matte Beleuchtung, nicht aber die Kerze selbst. Ihm erst gelang es, die Lichtquelle (Kerze, Laterne usw.) mitsamt ihrer echten Lichtwirkung auf der Szene sichtbar zu machen.

Er hat Bauten im Freiaufnahme-Gelände errichten lassen und andererseits das kleine Modell benutzt, um im Trickbild den Eindruck wirklich vorhandener grosser Bauten zu erwecken.

Und er hat sich auch jetzt wieder bemüht, durch Schaffung praktischer Apparate die Arbeit am Tonfilm zu erleichtern: er hat eine elektrische Vorrichtung zum "Schneiden" und "Mischen" der Töne und ein besonderes Verfahren zur Nachsynchronisierung erfunden.

Beim Einzug des Tonfilms marschierte Joe May also wiederum in den vordersten Reihen. Nach monatelanger Beschäftigung mit den Problemen von Ton und Bild begann er im Juni 1929 mit der Arbeit an seinen zwei grossen und bisher einzigen Tonfilmen: "Die letzte Kompagnie" und "Der unsterbliche Lump". Die zweite grosse Etappe eines Lebens für den Film war damit eingeleitet.

+ + +

Sturm im Mittelmeer. In den letzten Tagen wüteten furchtbare Stürme in der Meerenge von Messina. Fischerboote und Barken gingen in den Wellen unter. Auch in Neapel herrschte heftiger Sturm und machte sogar das Ankern von grossen Ueberseedampfern zeitweise fast unmöglich. Einzelne Zerstörungen wurden auch hier angerichtet.

+ + +

Organisierter Fahrradiebstahl. In den letzten Wochen wurden in Dresden sechs 22- bis 25jährige Angehörige einer Diebesbandes hinter Schloss und Riegel gesetzt, die seit Anfang Juli weit über 100 Fahrräder gestohlen hatten. Bisher wurden etwa 35 Fahrraddiebstähle aufgeklärt. Die gestohlenen Räder wurden in Dresden und auswärts auf der Strasse an unbekannte Personen verschachert.

+ + +

Die Flucht des Spions. Aus dem Landeszuchthaus Marienschloss bei Kochenberg ist der 30jährige Strafgefangene Georg Ruth ausgebrochen und geflüchtet. Ruth ist von Beruf Schreiner und wurde als Holzarbeiter beschäftigt. Dabei gelang es ihm, unbemerkt eine Leiter anzufertigen, mit deren Hilfe er ausbrechen konnte. Ruth war wegen Spionage zugunsten Frankreichs zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt worden.

+ + +

Sexualdrama der Zeit. Der Arzt Dr. Kleinschmidt aus Höchst war beschuldigt, Sittlichkeitsverbrechen an unmündigen Kindern während seiner Sprechstunde begangen zu haben. Hauptzeugin war ein vierjähriges Mädchen, das aber in der Verhandlung nichts zu sagen wusste. Die als Zeugen vernommenen Pädagogen hielten die anderen den Arzt belastenden Kinder nicht für glaubwürdig. Der Sachverständige sagte aus, dass gerade in Höchst die Kinder sehr früh sich mit sexuellen Dingen beschäftigen, weil dort die elenden Milieuverhältnisse ein bedeutendes Verführungsmoment darstellten. Das Gericht sprach den angeklagten Arzt frei.

+ + +

50 000 Mark unterschlagen! In einer Kölner Firma hat ein 35 Jahre alter Angestellter seit 1925 etwa 50 000 Mark unterschlagen. Als seine Tat entdeckt wurde, verschwand er aus dem Geschäft unter Mitnahme von 1300 Mark. Der ungetreue Angestellte wird von der Kriminalpolizei gesucht.

+ + +

Der Augsburger Giftmordprozess. Der sensationelle Giftmordprozess der Schwabmünchener Anwesensbesitzerin Magdalena Lutzenberger begann unter Massenandrang des Publikums am Mittwoch vor dem Augsburger Schwurgericht. Die 53jährige Bäuerin wird zweier Giftmorde, begangen an ihrer Mutter und ihrem Stiefvater, und beschuldigt, ausserdem soll sie in 7 weiteren Fällen Versuche gemacht haben, ihre Kinder sowie Hausbewohner zu vergiften. Frau Lutzenberger sitzt seit 18 Monaten in Untersuchungshaft und beteuert unentwegt ihre Unschuld. Das Verhör nahm viele Stunden in Anspruch. Nachdem Frau Lutzenberger in ihrer Ehe sehr unglücklich war, kam sie nach ihrer Scheidung mit ihren 4 Kindern ins Elternhaus nach Schwabmünchen zurück. Ihr Stiefvater betrieb einen Handel mit Pferden, sie selbst half ihrer Mutter im Anwesen. Vorsitzender: Ihr Stiefvater war bis einige Tage vor seinem Tode frisch und gesund, wie lange war er denn eigentlich krank?" Angeklagte: "Das weiss ich nicht." - Vorsitzender: "Das ist doch völlig unglaubhaft. Sie waren doch selbst im Hause, und die Krankheit soll nur wenige Tage gedauert haben." Angeklagte: "Er hatte schon lange Arterienverkalkung". Vorsitzender: "Als Pferdehändler hatte Ihr Stiefvater Arsenik im Hause. Was das ist, wissen Sie ja." Angeklagte: "Das weiss ich erst jetzt". Vorsitzender: "Wissen Sie nicht, dass man Pferden manchmal Arsenik als Medizin gibt?" Angeklagte: "Ich habe das nicht gewusst." Vorsitzender: "Das weiss aber doch jedes Kind, dass Arsenik Gift ist". Lange Zeit des Verhörs nahm die Erörterung über die Erbschaft ein, um deretwillen die Giftmorde begangen sein sollen. Als im Jahre 1928 der Stiefvater der Angeklagten gestorben war, wurde die Mutter der Frau Lutzenberger Alleinerbin und Frau Lutzenberger mit 600 Mark abgefunden. Wenige Monate später machte die Witwe des Stiefvaters, also die Mutter der Frau Lutzenberger, ein notarielles Testament, durch das ihre Tochter Magdalena als Alleinerbin eingesetzt wurde mit der Verpflichtung, jedem ihrer Kinder ein bestimmtes Vermächtnis unter hypothekarischer Sicherheit auf das Anwesen auszuzahlen. Als nach kurzer Zeit die Mutter starb - die Anklage vermutet: durch Giftmord - betrug die Hinterlassenschaft 16 000 Mark, von denen 10 000 Mark laut Testament auf ihre Kinder gekommen waren. Die Angeklagte wirtschaftete aber mit dem Gelde derart, dass der Ortsfürsorgeverband die Entmündigung beantragte. So sehr Frau Lutzenberger auch hier wieder jede Schuld in Abrede stellte, geriet sie, als das Verhör auf 2 Giftfläschchen kam, sehr ins Kreuzfeuer. Sie will überhaupt nur eines von diesen beiden Fläschchen, die Arsenik enthielten, gesehen haben und des Glaubens gewesen sein, es gehöre ihrem Sohne,

der es für sein Mozorrad brauche. Den Inhalt habe sie nicht gekannt. Umso auf=fälliger muss ihr Benehmen erscheinen, dass sie zeigte, als die Gendarmerie bei ihr Haussuchung hielt. Sie flüsterte damals einem ihrer anwesenden Buben zu, er solle das Fläschchen holen und es beiseiteschaffen. Die Angeklagte bestreite allerdings, sich so ausgedrückt zu haben, da sie ja gar nicht wusste, was in dem Fläschchen gewesen sei. Dem steht aber gegenüber, dass nach Herbeischaffung des Fläschchens durch den Sohn die Angeklagte dieses zum Munde führte, um es auszu=trinken. Diesen Selbstmordversuch stellt Frau Lutzenberger entschieden in Ab=rede.

+ + +

"Do X" in Amsterdam gelandet. Auf der ersten Etappe zum Europa=Flug, des Riesenflugbootes "Do X", der am Mittwoch morgen 11,27 Uhr in Altenrhein begann, landete das Flugboot am Mittwoch nachmittag 4,25 Uhr in Amsterdam. Auf dem gan=zen Flug über niederländisches Gebiet wurde das Erscheinen des "Do X" von der Bevölkerung mit grosser Begeisterung aufgenommen. Bereits in Arnhem standen in der Mittagsstunde Tausende von Menschen, um den Luftriesen zu begrüssen. Nach dem Amsterdamer Marineflughafen Schellingwoude strömten schon in den Vormit=tagsstunden grosse Menschenmassen, die trotz Sturm, Regen und kalten Wetters ge=duldig warteten. Die elegante Landung des "Do X" wurde mit lautem Jubel be=wundert. Von Amsterdam soll die Route des "Do X" über England, Frankreich und Spanien nach Portugal führen. Der anschliessende Amerikaflug, der nicht vor dem 12. November stattfinden wird, soll in keiner Weise eine Rekordleistung dar=stellen, sondern weiterhelfen bei den Bemühungen um den Ausbau eines ständigen Flugverkehrs zwischen Europa und Amerika. Die Besatzung des Flugschiffes be=steht aus Kapitän Christiansen, Kapitän Merz, erster Pilot Schildhauer, Naviga=tionsoffizier Niemann, Funkoffizie Kiel, Bordingenieur Eitel, Ingenieur Brew=ton und den Monteuren Lang, Jäger, Bautz, Schmidt und Brombeis.

+ + +

Nobelpreis für Sinclair Lewis. Den diesjährigen Nobelpreis für Literatur in Höhe von rund 130 ooo Mark hat die Schwedische Akademie dem amrikanischen Schriftsteller Sinclair Lewis zuerkannt. Die Verleihung des Preises an den ausgezeichneten Gesellschaftskritiker jenseits des Ozeans ist ausserordentlich zu begrüssen. Man behauptet wohl nicht zu viel, wenn man sagt, dass Lewis in sei=nen Romanen "Hauptstrasse", "Rabbit" und "Sam Dodsworth" ein hervorragendes Bild des amerikanischen Bürgertums gegeben hat, in der historischen Bedeutung sowohl wie auch in der künstlerischen Gestaltung vergleichbar dem älteren deutschen Gegengemälde Thomas Manns, der als der Dichter der "Buddenbroocks bekanntlich den literarischen Nobelpreis im vorigen Jahr erhalten hatte. Es ist erfreulich, dass die Schwedische Akademie sich nicht jenem kleinbürgerlichen Ge=schmack fügt, der dem modernen Gesellschaftskritiker grundsätzlich alles andre als wohl gesinnt ist.

+ + +

Bankzusammenbruch. Die Kölner Kreditbank, die seit 30 Jahren besteht und meistens von Handwerkern und Gewerbetreibenden in Anspruch genommen wurde, ist am Mittwoch in Liquidation getreten.

+ + +

Autokatastrophe. Auf der Eisenbahnstrecke Lindern=Rheinsberg (Rheinland) überfuhr ein Güterzug, der zu früh abgelassen worden war, auf einem an sich mit Schranken versehenen Strassenübergang einen Lastkraftwagen. Zehn Personen, meistens Bergleute, die auf der Heimfahrt vom Schacht begriffen waren, wurden verletzt und mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

+ + +

Fabrikhalle eingestürzt. In der Maschinenbauanstalt Humboldt in Köln=Kalk stürzte am Mittwoch vormittag eine etwa 50 Meter lange Halle ein, wobei drei Arbeiter erheblich verletzt wurden.

+ + +

Umbau der Pariser Schlachthäuser. Die Schlachthäuser von Paris in La Villette, die durch ihre unhygienische Anlage schon lange einer modernen Stadt unwürdig sind, sollen jetzt nach grosszügigen Plänen umgebaut und modernisiert werden. Vor nicht allzu langer Zeit wollte man sie völlig abreissen und neue erbauen. Man ist jedoch wegen der hohen Kosten davon abgekommen. Die Verbesserungen, die in Angriff genommen werden sollen, erstrecken sich hauptsächlich auf Kanalisierung, Lüftung und Reinigungsmethoden. Das Terrain des Schlachthauskomplexes soll um 13 000 Quadratmeter vergrössert werden, wovon etwa 4000 Quadratmeter auf das Gelände des Kesselhauses entfallen sollen.

+ +

Hochwassernot auch in Holland. Der Wasserstand der niederländischen Flüsse hat eine gefährliche Höhe angenommen. Die Vecht drohte bereits in der Nacht zum Mittwoch den Deich bei Mijnden zu durchbrechen, sodass die gesamte männliche Bevölkerung Sandsäcke zur Verstärkung des Deiches herbeitrug. Der Wasserstand des Zuidersees hat den normalen Amsterdamer Wasserstand bereits um einen Meter überschritten, sodass das dem Schutz des Amsterdamer Ybusens gegen Hochwasser dienende Dampfpumpwerk Schellingwoude Tag und Nacht ununterbrochen arbeitet. Die Amstel ist auf weite Strecken über ihre Ufer getreten.

+ + +

Eckener Aeroarktipräsident. Bei einer Sitzung des Vorstandes und Forschungsrates der "Aeroarktik" im Berliner Flugverbandshaus wurde Dr. Hugo Eckener, der den Vorsitz führte, einstimmig zum Präsidenten der Gesellschaft gewählt, deren Präsidium seit dem Tode des norwegischen Polarforschers Nansen verwaist war. Die "Gesellschaft für Erdkunde" wird am Sonnabend Dr. Eckener die goldene Karl Neumeier verleihen.

+ + +

Das Oderhochwasser. Bei Tschicherzig trat das Hochwasser der Oder von schlesischem auf brandenburgisches Gebiet über. Ernstlich bedroht sind die schlesischen Ortschaften Neusalz und Sabor, ferner mussten auch die Einwohner der neumärkischen Dörfer Schwarzsee, Gipsthal und Glauchow ihre Wohnungen räumen.

+ + +

Furchtbarer Selbstmord. In der französischen Stadt Senlos übergoss sich die an Neurasthenie erkrankte 43jährige Witwe Bourdon mit Petroleum und zündete sich selbst an. Als lebende Fackel stürzte Frau Bourdon dann auf die Strasse, wo sie unter den furchtbarsten Qualen zusammenbrach.

+ + +

483 Schülerinnen heiraten. Die New Yorker Schulbehörde machte die Feststellung, dass sich 483 ihrer Schülerinnen in dem letzten Unterrichtsjahr während der Schulzeit verheiratet hatten und deshalb vom Schulregister gestrichen worden waren. 342 Schülerinnen heirateten im Alter von 16 Jahren; 20 andere gingen schon mit 14 Jahren die Ehe ein. Auch ein 12jähriges und ein 13jähriges Mädchen soll sich unter den Verheirateten befinden.

+ + +

Eifersuchtsattentat in Paris. In einer Pariser Nebenstrasse fand ein Polizist in den Morgenstunden eine Frau auf, die durch einen Messerstich in die linke Brusthälfte schwer verletzt war. Es handelte sich um die 32jährige Marguerite Tangny, die, wie sie später angab, von einer eifersüchtigen Rivalin aus der Pariser Unterwelt niedergestochen wurde.

+ + +

Der Faltenrock als Lebensretter. Nach einem Streit mit ihrem Gatten versuchte die 35 Jahre alte Renée Rowicht sich aus dem Fenster eines Pariser Hotels zu stürzen. Sie blieb aber dabei mit den Falten ihres Rockes an den eisernen Verzierungen des Fensterbretts hängen, sodass sie von anderen Hotelgästen nach kurzer Zeit aus ihrer ungemütlichen Lage befreit werden konnte.

Gewerkschaftliche Rundschau

Moskaus neueste Attraktion.

Ein "Metallarbeiterverband" der KPD.

SPD. Die faschistische Gefahr bedroht die Arbeiterklasse. In Oesterreich können die Heimwehrführer es kaum abwarten, bis aus ihrem Bürgerkriegsgeplänkel blutiger Ernst wird. Eiserner und geschlossener Zusammenhalt der Arbeiterschaft tut bitter not. Was erleben wir aber in Berlin? Hier wird wieder einmal Theater gespielt. Die KPD hat es für notwendig gehalten, einen Metallarbeiterverband ins Leben zu rufen. Moskaus deutsche Wanderbühne will die Arbeiter mit einer neuen Attraktion beglücken.

Dieselben Komidianten, die bisher in den Veranstaltungen der IAA, RGO usw. brillierten, treten wieder auf. Von ihnen wird in neuer Verkleidung - diesmal den Berliner Metallarbeitern - neuer fauler Zauber vorgemacht. Sie reden den vom Lohnabbau und der Arbeitslosigkeit bedrohten Berliner Metallproleten ein, dass für sie mit der Gründung eines kommunistischen "Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins" eine Aera des Aufstiegs beginne. Die Gründung bedeute einen "historischen Schritt".

Grosse Worte, hinter denen nichts steckt! Die einzige Chance der kommunistischen Gründung liegt in der Möglichkeit eines schlechten Schiedsspruchs von Seiten der zur Schlichtung des Berliner Metallkonflikts vom Reichsarbeitsministerium ernannten drei Unparteiischen. Bringt der Spruch der Drei eine Enttäuschung, dann kann der Verband der Moskauer - so spekulieren die Drahtzieher Auftrieb bekommen. Diese Spekulation ist nicht ganz unbegründet. Treibt der neue Spruch die Berliner Metallarbeiterschaft in eine Verzweiflungsstimmung, dann muss das naturgemäss den Moskauern Wasser auf die Mühle liefern. Zweifellos liegt es zu einem guten Teil in der Hand der drei Unparteiischen, dem kommunistischen Verbandsgründungsspuk schnell ein Ende zu machen. Ein Schiedsspruch, der den Forderungen der Metallarbeiter gerecht wird, ein von der Lohnabbaupsychose unbeeinflusster Spruch, eine faire Lösung des Konflikts, die nicht, bevor in der Preisabbaufrage Klarheit geschaffen ist, unerträgliche Lohneinbussen den Metallarbeitern aufbürdet - mit einem Wort, eine Entscheidung, die das Vertrauen der Metallarbeiter in die zwischen den Metallindustriellen und den Gewerkschaften getroffene Vereinbarung rechtfertigt - und die Moskauer Verbandsgründung geht sang- und klanglos unter.

Sollte wider Erwarten eine zweite nicht verbesserte Auflage des abgewehrten ersten Metallschiedsspruchs erfolgen, dann können die Moskauer jubeln. Allein auch auf den dann begreiflichen Freudentaumel muss in kurzer Zeit der Katzenjammer folgen. Praktische gewerkschaftliche Aufbauarbeit ist nämlich etwas ganz anderes als das Fabrizieren von schwülstigen und blutrünstigen Parolen. Bald werden die gutgläubigen Mitglieder des kommunistischen Metallarbeiterverbandes ihre Gewerkschaftsführer beim Wort nehmen. Sie werden an die Gründungsentschliessung erinnern. Dort heisst es bombastisch: "Wir Vertreter der roten Metallarbeiter erklären, dass wir keinerlei Schlichtungsdiktatur anerkennen. Wir werden alle Kräfte einsetzen, um den revolutionären Widerstand zu organisieren, und die Durchführung des Lohnraubes unmöglich zu machen."

Wir sind gespannt, wie der kommunistische Verband sein Versprechen einlösen wird. Wird er den Spruch der Drei nicht anerkennen? Werden seine Mitglieder nicht nach den neuen Bedingungen arbeiten? Sie würden damit den Berliner Metallindustriellen in vielen Betrieben nur einen Dienst erweisen. Diese

warten nur darauf, sich für die während des Streiks eingetretene Abwanderung von Aufträgen durch neue Entlassungen zu rächen. Wenn die kommunistischen Gewerkschaftsstrategen ihre Versprechungen wahrmachen wollen, dann wird ihr Verband nur aus arbeitslosen Mitgliedern bestehen. Kann und wird er diese Arbeitslosen unterstützen, wie es die freien Gewerkschaften ihren arbeitslosen Mitgliedern gegenüber tun? Wird der Verband die Unterstützungslast tragen können, wenn kein Pfennig Beitrag einkommt? Eine zeitlang vielleicht, denn Moskau wird wahrscheinlich für einige Tage die Theaterspesen decken. Je stärker jedoch der Zustrom arbeitsloser Metallarbeiter, die die KPD-Parolen für bare Münze genommen haben, anwächst, desto bedrohlicher müssen binnen kurzem die Finanzschwierigkeiten des neuen Verbandes werden. Ein paar Hundert arbeitslose Mitglieder kann er zur Not einige Zeit durchhalten, nicht aber Tausende - wenn kein Pfennig Beitrag einkommt, und ewig werden die Opfer der KPD-Parolen sich unmöglich aus der Gulaschkanone der IAH füttern lassen.

Wenn Moskau die Spesen zu hoch werden, was dann? Nun, dann wird es eben gehen, wie es bei den Rohrlegern und Zimmerern ging. Was grosspurig und wilddrohend begann, wird kleinlaut und leise enden. Die Unentwegten, die gegen jegliches Schlichtungsdiktat Krieg führen wollten, werden sich verkrümeln und Mann um Mann seitwärts in die Büsche schlagen. Das Spiel ist dann aus, und Moskaus Komödianten werden dann eben wieder mit einer anderen Attraktion kommen Sie wissen, dass die Dummen nicht alle werden. Warum soll Moskau mit dem Dummenfang in Deutschland keine Geschäfte machen? Deutschland ist ein dankbares Feld für politische Komödianten und Hochstapler. Soll Hitler allein von der Dummheit profitieren?

SPD. Die grossen Kundgebungen des Unternehmertums zur Arbeitslosenfrage durch die programmatischen Erklärungen der Arbeitgebervereinigung, des Langnamvereins und der Nordwestgruppe haben in der Oeffentlichkeit tief enttäuscht. Vor allem wird auch in der bürgerlich-demokratischen Presse die schroffe Ablehnung der Arbeitszeitverkürzung scharf kritisiert. So schreibt die Frankfurter Zeitung, Generaldirektor Springorum habe sich in Düsseldorf auf der Tagung des Langnamvereins die Ablehnung der Arbeitszeitverkürzung sehr leicht gemacht. Er habe nur von der Forderung gesprochen, "die Arbeitszeit allgemein von 48 auf 40 Stunden in der Woche bei gleichbleibendem Lohn zu vermindern, um eine entsprechende Zahl von Arbeitslosen unterbringen zu können." Das heisse, offene Türen einstossen. Die Anregung zur Arbeitszeitverkürzung sei in ihrer ernstesten Form von einem Unternehmer ausgegangen. Auch die Gewerkschaften hätten sich nicht auf einen Lohnausgleich in voller Höhe festgelegt, dessen Untragbarkeit völlig selbstverständlich sei. Im übrigen habe niemand behauptet, dass dadurch das Arbeitslosenproblem als wirtschaftliches Problem lösbar sei. Aber wenn es durch Arbeitszeitverkürzung gelinge, einige hunderttausend Menschen von der Strasse zu nehmen, so sollte das doch dazu zwingen, den Versuch überall dort zu machen, wo er irgendwie durchführbar scheint, statt ihm von vornherein jede Wirkungsmöglichkeit dadurch zu nehmen, dass man ihn auf einige wenige Einzelfälle beschränkt. "Man mag", so betont die "Frankfurter Zeitung", "über die Aussichten, diesich hier ergeben, denken wie man will, diese generelle Ablehnung einer Massnahme, die doch von den in Arbeit befindlichen Angestellten und Arbeitern bei der Aussichtslosigkeit eines irgendwie beträchtlichen Lohnausgleichs unvergleichlich grössere Entsagung verlangt als von den Unternehmern, wird diesen von den breiten Massen als Mangel an Verständnis für die sozialen und psychologischen Notwendigkeiten dieses Augenblicks angerechnet werden."

Dasselbe Unternehmertum, dem sogar die unternehmerfreundliche bürgerliche Presse sagen muss, dass es für die sozialen und psychologischen Notwendig-

keiten kein Verständnis zeige, hat auf seinen Tagungen grosse Töne über Opfermut und Mut zur Unpopularität geredetDer Opfermut des Unternehmertums besteht darin, dass es nicht einmal dort, wo die Arbeiter und Angestellten nach allgemeiner Uebereinstimmung das grössere Opfer tragen, zu Entgegenkommen bereit sind. Ein ärgeres Pharisäertum ist nicht gut denkbar.

SPD.Kiel, 5.November (Eig.Drahtb.)

Der allgemeine Kampf um die Löhne droht nunmehr auch die Werftindustrie zu erfassen. So will die Kruppsche Germania-Werft beträchtliche Lohnkürzungen durchführen, die zunächst die Akkordlöhne treffen und in den Giessereibetrieben nicht weniger als M 12.-- pro Woche ausmachen sollen. Eine Konferenz der Vertrauensleute der Betriebsvertretung der Werft lehnte die geplanten Massnahmen mit aller Entschiedenheit ab und betonte, eher noch einmal alle gewerkschaftlichen Mittel anzuwenden, als sich einen derartig unerträglichen Lohnabbau gefallen zu lassen.

SPD.Die Mängel des Wettermännersystems wird von einem Grubenkontrolleur in einer Zuschrift an den Bergarbeiterverband einer scharfen Kritik unterzogen. Er schreibt:Nach der Bergpolizeiverordnung soll der Wettermann drei Stunden vor Beginn der Morgenschicht mit dem Ableuchten der Betriebspunkte und der Kontrolle auf Schlagwetter beginnen. Bei einem grossen Revier ist es aber nicht möglich, mit der notwendigen Sorgfalt Feststellungen zu treffen, denn Schlagwetter sammeln sich nicht nur an der Firste des Ortsstosses,sondern auch in schlagwetterreichen Flözen und Querschlägen an der ganzen Streckenfirste entlang. Dazu kommt, dass die Wettermänner noch mit Nebenarbeiten belastet sind und nur zu leicht in Versuchung kommen, von ihrer eigentlichen Aufgabe abgelenkt zu werden. Sollen die Wettermänner ihre Verpflichtungen gewissenhaft erfüllen können, ist es notwendig sie nicht nach Steigerrevieren einzuteilen, sondern nach einer kleinen Anzahl Betriebspunkte, die sie gewissenhaft befahren können.

Einer Aenderung der Bergpolizeiverordnung bedarf es ferner, weil das Revidieren der Betriebspunkte auf Schlagwetter drei Stunden vor Anfahrt der Morgenschicht eine viel zu lange Zeit offen lässt bis zum Arbeitsbeginn. In einer solch langen Spanne Zeit könne sich wieder Schlagwetter ansammeln, das gilt insbesondere für schlagwetterreiche Gruben. Auch ist mit grösserer Sorgfalt darauf zu achten, dass der Wettermann einen halbwegs begehbaren Weg zu den Betriebspunkten findet und nicht Hals- und Beinbruch zu riskieren hat,um überhaupt seiner Pflicht genügen zu können.

Besonders traurig ist, dass Wettermänner die öfter Schlagwetter dem Revisteiger zu melden haben, sich dadurch unbeliebt machenund so nach und nach für ihren Posten "unfähig" werden. Daher ist in erster Linie der Wettermann wieder Grubenkontrolleur vor Kündigung zu schützen.Auch muss er, wenn er die Gefahren der Grube kennen soll, mindestens 15 Jahre als Hauer gearbeitet haben.

SPD.Die Transportarbeiterinternationale warnt vor Kapitalanlage in italienischen Papieren. Die italienische Regierung versuche nach vielfachen Misserfolgen in Paris vermutlich nun auch in Holland ihr Glück. Geld für eine italienische Anleihe sei jedoch ein bodenloses Fass geworden.

Wirtschaft Technik Handel

Ende der Preisbaisse an den Rohstoffmärkten?

Steigerung der Zucker- und Kupferpreise. - Weiterer Druck auf die Metall- und Spinnstoffmärkte.

SPD. Die Frage ist die: Stehen wir vor einem Ende des Preisrückganges für Rohstoffe? Ohne Zweifel ist in den letzten Wochen ein gewisser Wandel in der Grundstimmung an den grossen Warenmärkten eingetreten. Der Fall der Preise ist so gut wie zum Stillstand gekommen. Bei einer grossen Anzahl von Waren traten sogar nicht unbeträchtliche Erholungen ein.

Ob das aber das Ende des allmählichen Preisrückganges bedeutet, der nun schon 5 Jahre anhält, sich aber auf die Fertigwarenpreise auch noch nicht annähernd voll ausgewirkt hat, kann nicht so ohne weiteres gesagt werden. Es gibt Kreise, die diese Frage im besten Glauben bejahen. Unserer Auffassung nach ist eine abschliessende Antwort verfrüht; denn wir haben in den 5 Jahren des grossen Preisrückganges an den Rohstoffmärkten schon mehrfach kürzer- oder längerdauernde Zeitspannen gehaltener oder steigender Preise erlebt.

Feststellen kann man nur, dass jetzt - zum ersten Mal seit dem Krieg - die Rohstoffpreise im Durchschnitt den Preisen der letzten Vorkriegsjahre einigermassen ähnlich geworden sind. Dabei müssen wir warnen, Preisvergleichungen mit der Vorkriegszeit allzu tragisch zu nehmen. Bei der Gewinnung vieler Rohstoffe sind derartige Verbesserungen eingetreten, dass die gegenwärtigen Preise eigentlich unter dem Stand der Vorkriegsjahre liegen müssten. Als Normalstand kann man also das Preisniveau der Jahre 1910 bis 1913 sicherlich ebenso wenig betrachten wie das Preisniveau von 1926, auf das seit drei Jahren ein grosser Teil der nordamerikanischen und englischen Statistiker seine Berechnungen abgestellt hat.

Wenn das Preisniveau für Rohstoffe in der letzten Zeit, insgesamt gesehen, stabiler ist als früher, so dürften im Grunde genommen Zufälligkeiten oder Eingriffe von aussen her in den Markt massgebend gewesen sein. Dahin gehört die Preissteigerung für Kautschuk und Zucker.

Bei Zucker haben die Preissteigerungen sogar etwa 25% betragen. Man darf aber nicht vergessen, dass vorher der Zuckerpreis auf einen Stand abgesunken war, wie ihn die Geschichte des Zuckermarktes bisher noch nicht erlebt hat. Auch ist die letzte sensationelle Zuckerpreissteigerung nichts anderes als eine Meinungsangelegenheit: Die europäischen Ernten sind recht gut ausgefallen, sogar noch besser als man bei Beginn der Ernte annahm und auch die Erträge Javas und Kubas sind zum mindesten nicht schlecht. Aber die amerikanischen Bankiers, die die kubanische Zuckerindustrie finanzieren, setzen Himmel und Hölle in Bewegung, um endlich zu einem internationalen Abkommen zu gelangen. Der Erfolg will aber immer noch nicht eintreten. Allerdings hat man jetzt ein entsprechendes kubanisches Gesetz zustande gebracht und eine Abordnung nach Europa geschickt. Das hat aber genügt, um bestimmte Hoffnungen zu erwecken und genügt auch, diese Hoffnungen, wenigstens für einige Wochen, wachzuhalten.

Beim Kautschuk stützen sich die Hoffnungen auf Berichte, nach denen bei den jetzigen Preisen ein grosser Teil der Eingeborenenpflanzer in Ostasien beträchtliche Schwierigkeiten haben muss. Dazu kommt eine andere Anregung. Frankreich will einen Schutzzoll einführen, um der Kautschukproduktion seiner

Kolonien zu Hilfe zu kommen. In der Erwartung dieses Zolls hat die französische Weiterverarbeitung grössere Kautschukmengen in England aufgekauft. Ausserdem sollen russische Käufe vorliegen. Der Preis ist also von Faktoren beeinflusst worden, die als Zufälligkeiten anzusprechen sind.

Denjenigen, die auf ein Ende der Rohstoffpreisbaisse tippen, könnte möglicherweise der Kaffeepreis einen Strich durch die Rechnung machen. Die Lage auf den Kaffeemärkten ist durchaus unklar; der vorläufige Sieger in der brasilischen Revolution ist ein Feind der Paulistaner Kaffeebarone. Das könnte zu der Auffassung berechtigen, dass er die Preispolitik der Kaffeebarone, die von den Finanzen des Landes zehren, nicht auf jeden Fall mitmachen wird. Aber auch diese Kalkulation hat eine Lücke: der Kaffeepreis wird ja bekanntlich nicht in Brasilien gemacht, sondern in den Bankbüros in New York.

Gegen die Auffassung, dass die Preisbaisse am Rohstoffmarkt zuende ist, spricht auch der Metallmarkt. Das Kupferkartell musste seine Forderungen noch einmal kräftig heruntersetzen. Das hat den deutschen Verbrauch einigermassen angeregt, wohl auch deshalb, weil die letzte Kupferpreisermässigung mit der Beendigung des Berliner Metallarbeiterstreiks zusammentraf. Als sicher kann man aber die Lage des Kupfermarkts ebenso wenig bezeichnen wie die Lage der übrigen Metallmärkte. Auf alle Märkte drücken nach wie vor die gewaltigen Bestände und jenes englische Konjunkturinstitut hat wahrscheinlich recht, wenn es jüngst einmal erklärte, dass zur Zeit die Preisbewegung an den Warenmärkten nicht von der Erzeugung, auch nicht vom Verbrauch, sondern ausschliesslich von der Höhe der Bestände abhänge.

Auf den Spinnstoffmärkten stehen Wolle und Seide weiter unter Druck. Dagegen ist Baumwolle nicht unerheblich fester geworden und zwar gehen hier die Anregungen ganz deutlich von Amerika aus. Man hat in Nordamerika abermals für die Einschränkung des Baumwollanbaus Stimmung gemacht und es scheint so, dass das Bundesfarmamt den Baumwollmarkt wieder mal unmittelbar manipuliert. Also auch hier hat die festere Stimmung keine echten Motive.

SPD. Ueber den Stand der Winterssaten im Deutschen Reich Anfang November 1930 teilt das Reichsstatistische Amt mit: Anhaltende Niederschläge im ersten und letzten Oktoberdrittel haben die Feldarbeiten in allen Teilen des Reichs nicht unwesentlich erschwert. Die Hackfruchternte ist mit Ausnahme der Zuckerrüben, die infolge der nassen Witterung noch nicht restlos geborgen werden konnten, fast überall beendet. Die Aussaat des Wintergetreides hat sich vielfach durch die eingetretene Nässe verzögert. Stellenweise sind die Bestellungsarbeiten durch Ueberschwemmungen unterbrochen worden. Soweit die Saaten frühzeitig in die Erde gebracht werden konnten, sind sie im allgemeinen gut aufgelaufen und zeigen einen befriedigenden Stand. Auf spätbestellten Feldern ist die Saat zumeist noch nicht aufgegangen.

Für die bereits aufgelaufenen Saaten ergibt sich im Reichsdurchschnitt unter Zugrundelegung der Zahlennoten 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering folgende Begutachtung: Winterweizen 2,6 (im Vorjahr 2,7), Winterspelz 2,7 (2,8), Winterroggen 2,7 (2,6), Wintergerste 2,6 (2,6).

Fest bei kleinem Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 5. November.)

SPD. Am Markte der Zeitgeschäfte der Berliner Produktenbörse ergaben sich bei fester Grundstimmung und kleinem Geschäft zwar mehrfache Schwankungen, jedoch konnten sich die erzielten Preisgewinne im allgemeinen behaupten. Das Angebot an promptem Brotgetreide ist etwas knapper geworden, was mit den Bestellungsarbeiten auf den Feldern in Verbindung gebracht word. Demzufolge konnten sich auch hier die Preise besonders für Weizen befestigen, zumal die Kauflust der Mühlen recht rege war. Mehl hatte nur geringe Nachfrage und unveränderte Forderungen für beide Sorten. Die Haferpreise versuchten sich bei ausreichendem Angebot zu halten. Braugerste lag weiter still. Industriegerste fand etwas mehr Kaufinteresse.

	4. November	5. November
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	235 - 237	238 - 239
Roggen	146 - 148	148 - 150
Braugerste	184 - 210	184 - 210
Futter- und Industriegerste	165 - 176	165 - 176
Hafer	138 - 148	138 - 148
Weizenmehl	27,75 - 36,50	28,00-36,75
Roggenmehl	23,50- 26,50	23,65-26,75
Weizenkleie	7,25 - 7,75	7,50- 8,00
Roggenkleie	6,75 - 7,25	7,00- 7,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 259 - 258, März 276,50 - 275,50. Roggen Dezember 170 - 169 - 170, März 185,50 - 185, 186. Hafer Dezember 153, März 166 - 165,50 Brief.

SPD. Die Forschungsstelle für den Handel in Berlin gibt in ihrem letzten Ausweis einen Ueberblick über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Danach sind die Umsätze für Berlin (Textilien, Schuhe, Hausrat und Drogen) im dritten Quartal 1930 um 11,6% zurückgegangen.

Der Rückgang dürfte nur zum Teil auf Preissenkungen zurückzuführen sein. Zu überwiegendem Teil wird wohl mengenmässige Verringerung vorliegen. Im Zusammenhang mit dem abflachenden Umsatz hat sich ein Abbau der Läger durchgesetzt. Der Rückgang bei den Wareneingängen macht, gemessen an den Werten des dritten Vierteljahrs 1929, = 19,3% aus. Dagegen trat nur eine Unkostensenkung um 1,1% ein.

Bei dem Umsatzrückgang haben die Grossunternehmungen erheblich günstiger abgeschnitten als die Spezialgeschäfte. Das gleiche gilt von den Umsätzen der Konsumvereine, auch wenn man nur den Umsatz je Mitglied in Betracht zieht, also die Erweiterung des Kundenkreuses ausseracht lässt.

SPD. Bei der Eröffnung des französischen Landwirtschaftsrats wies Unterstaatssekretär Poncet darauf hin, dass er der Auffassung sei, die Weltwirtschaftskrise nähere sich ihrem Ende. Ein unwiderlegbares Zeichen dafür sei die leichte Hausse bei einer Anzahl von Rohmaterialien.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S•P•D

Berlin, den 5.November 1930

Vor dem Karren.[x]

SPD. Ein hoch mit Holz beladener Karren schwankte auf der holprigen Landstrasse einher. Zwei Knaben zogen ihn. Man sah sie kaum; denn sie verschwanden fast unter dem Karren. Ein dünner Regen rieselte vom trüben Novemberhimmel herab. Es ging zur Nacht. Lichter blinkten auf in weiten Abständen. Die Knaben sahen nichts; sie stemmten sich vornübergebeugt in ihre Taue, denn die Strasse ging bergauf. Sie sprachen auch nicht miteinander. Sie keuchten nur. Der Regen lief über ihre erhitzten Gesichter.

Immer langsamer ging es vorwärts. Der Karren knarrte, drehte sich bockig zur Seite und blieb dann endlich ganz stehen, als wollte er nicht mehr.

Da setzten sich die Knaben entmutigt auf die Deichsel. Jetzt hörten sie den Regen rinnen und fühlten ihn durch ihre nassen Kleider dringen. Frösteln beschlich sie. "Ich hab' noch Brot", sagte Stephan. Er zog ein Stück knisternden Papiers aus seiner Tasche, wickelte langsam sein Brot heraus und sah es an. Dann brach er einen kleinen Kanten ab. "Da", sagte er, "hast auch ein Stück". Franz nahm's und steckte es in den Mund. So hungrig war er, dass das Brot im Augenblick verschlungen war. Dann sass er da und sah zu, wie sein Bruder ass.

Stephan ass langsam und bedächtig, schmatzend, mit sichtlichem Genuss. Zuweilen brach er wieder einen Kanten ab – so einen wie der, den er Franz gegeben hatte. Doch jedesmal ass er ihn selbst – und sprach dabei mit vollem Munde irgendetwas. Franz antwortete ihm nichts; er sah nur das Essen und hörte das behagliche Schmatzen. Da stieg die Wut in ihm empor. "Wir müssen weiterfahren", sagte er und griff nach der Deichsel.

"Wart' doch; ich bin noch nicht so weit", sagte Stephan.

"Dann iss ein bisschen zu!"

"Was geht's mich an, wenn du kein Brot mehr hast..."

"Schmatz' nicht so, du!" schrie Franz ihn an.

Da lachte Stephan: "Du Knirps, was fällt dir denn ein! Was willst du eigentlich?"

"Weiterfahren will ich!"

"Wenn du allein ziehen willst..." – Stephan erhob sich von der Deichsel. "Dann meinetwegen. Ich hab' noch Zeit".

Franz hatte sich in den Strick gestemmt. Er drehte die Deichsel und zog aus Leibeskräften. Von einer Seite taumelte er nach der andern; jedoch der Karren ging nicht vorwärts.

Stephan sah ihm lachend zu. "Weiss wohl, was du im Kopfe hast", sagte er. "Bist neidisch auf mein Brot."

Der Karren begann sich langsam zu bewegen; er knarrte, holperte und rollte langsam vorwärts, ohne dass Stephan sich am Ziehen beteiligte. Ganz schräg in seinen Strick gestemmt lag Franz. Einmal fiel er fast aufs Gesicht: er rutschte auf dem schlammigen Boden hin und her. Er biss sich die Lippen wund in seiner Wut.

"Bist neidisch auf mein Brot", hatte der Bruder gesagt. Ihm klang's noch in den Ohren. Er hörte es immerfort im Singen des Regens und im Knarren der Räder: "Bist neidisch auf mein Brot."

Gemächlich legte sich Stephan nun auch den Strick um die Schulter und zog mit an. Er lachte in sich hinein.

Da traf ihn ein Faustschlag ins Gesicht. Franz schlug wieein Besessener auf ihn ein, sinnlos, vor Wut. Im Nu waren beide Brüder ineinander verschlungen die Schläge hagelten. Franz, der Jüngere, war Stephan nicht gewachsen. Er hörte die Schläge dumpf auf Kopf und Rücken trommeln,aber er gab nicht nach.Sie waren verstrickt in ihren Tauen, kamen zu Fall, wälzten sich im Schlamm und schlugen immer weiter. Sie stiessen mit den Köpfen aneinander und traten sich mit Füssen. Die Stricke aber liessen nicht los; die Brüder blieben eingespannt. Zuletzt erlahmten ihre Kräfte; sie konnten kaum noch schlagen.Beide waren ganz mit Schlamm bedeckt und glitten aneinander ab,nur von den Stricken gehalten.

Da tönte eine hohle, alte Stimme: "He! Kinder! steht doch auf!"

Ein alter Mann stand da, zwei Stöcke an seine Knie gestützt, und fasste die Brüder bei den Schultern. "Was schlagt ihr euch?" sprach er mit rauher Stimme. "Habt's schwer genug mit eurem Karren. Steht auf und fahrt nach Hause; 's ist Nacht."

Die Brüder liessen voneinander ab, standen auf und sahen verbissen vor sich hin. Schwarz standen die entlaubten Kronen der Bäume jenseits der Landstrasse.

Der Invalide zog ein dunkles Tuch aus seiner Joppe und wickelte etwas aus. "Da", sprach er, "wollt ihr Brot? Ich mag nichts essen." Er brach das Brot mittendurch, gab jedem eine Hälfte. "Esst und fahrt zu! Ich helf' euch auf den Weg'

Die Brüder hielten das Brot in den Händen. Doch keiner biss hinein.Sie legten sich die Stricke um die Schultern und griffen nach der Deichsel. Der Alte ging nach hinten und schob an. "Fahrt zu!" rief er. Da knarrte der Karren weiter.

Der Regen rieselte; der Wind heulte im Gehölz. Der Alte blieb zurück; er stand mitten auf der Strasse.

Als aber die Brüder oben auf dem Berge angekommen waren und nun die Strasse leicht bergab ging, da bissen beide in ihr Brot, das schon ganz nass geregnet war. Auch ihre Tränen fielen nun darauf. Sie weinten beide; doch keiner wusste es vom andern.

Wilhelm Plog (Hamburg)

Landung in Kleinasien.[x]

SPD. Zweieinhalb Tage dauert die Fahrt übers Schwarze Meer von Konstantinopel nach Trapezunt, dem alten Handelsplatz an der Nordküste Kleinasiens. Meistens fährt der Dampfer an der Küste entlang. Berge mit grossen Obst- und Gemüsegärten, kleine Dörfer und einzelne Bauernhäuser in ihrer gleichmässigen, viereckigen Form mit den überstehenden Dächern kann man von Deck aus mit dem Fernglas beobachten. Im Gegensatze zu den Vorstellungen,die sich der Europäer von diesem Landstrich macht, dem Bild einer kahlen, sandigen Steppe oder Wüste, ist das Ufer fruchtbar und üppig bewachsen, ziemlich stark besiedelt und ähnelt eher einer mitteldeutschen,sanften Mainlandschaft. Das Schiff ist schon ziemlich leer geworden. Die meisten Passagiere sind in dem grossen Hafen Samsun ausgestiegen. Im Zwischendeck liegen nur noch wenige Männer und Frauen auf den mitgebrachten bunten Teppichen. Sie stöhnen und jammern,singen klagevolle Lieder und blicken uns fremde, seltsam angezogene Gäste erstaunt und fragend an. In der letzten Nacht hatte ein ziemlich starker Sturm eingesetzt, und es wird den Fahrgästen in dem dunklen, muffigen Kasten schlecht ergangen sein. Uns hatte es weniger gegriffen, weil wir immer oben an Deck in der frischen Luft lagen. Unheimlich war freilich die Nacht,wenn zuckendes Wetterleuchten und ferner Donner über die Berge niedergingen und unser Dampfer sich mit aller Kraft gegen den anstürmenden Wind in die Wellen legen musste. Wie in einer Luftschaukel senkte und hob sich das Vorderteil des Dampfers. Krachend schlugen die Wogen gegen die Bordwand, und zwischen wechselndem Halbschlaf und unruhigem

Wachsein kämpften wir gegen aufkommende Uebelkeit. Jetzt aber liegt die See wieder ruhig und glatt, als könnte sie überhaupt nicht toben und brausen. Grün schimmert das Wasser in der hellen Sonne. In einer schützenden Bucht erscheint endlich Trapezunt. Vor einer hervorstehenden Klippe liegen die traurigen Reste eines gestrandeten Schiffes, ein warnendes Zeichen für die Gefährlichkeit dieses so friedsam erscheinenden, südlichen Meeres.

Mit uns liegt noch ein neuer italienischer Oeldampfer im Hafen. Auch der deutsche Frachter "Troja", mit dem wir schon in Samsun zusammen waren, trifft ein paar Stunden nach uns ein. Dieser lebhafte Verkehr ist ein Zeichen für die Wichtigkeit dieses Platzes, über den ein grosser Teil des Handels nach Armenien und Persien geht. Trapezunt liegt malerisch auf den drei niedrigen Hügelrücken am Fusse des Berges "Bos Tepe". In der Stadt stehen auffallend viele neue, grosse Steinhäuser. Ihre Ausdehnung ist jedoch für die grosse Einwohnerzahl relativ klein. Zwischen den dunklen Zypressen am Abhange des Berges lugt das schlanke, schneeweisse Minarett einer Moschee hervor, und viele Fahnen mit dem Halbmond und Stern schmücken diese ferne Stadt des türkischen Reiches, die im Weltkriege sogar von den Russen besetzt gewesen ist. Nicht lange dauert hier der Aufenthalt. Unser Schiff muss sich beeilen, um nach der Endstation, dem kleinen Orte Rize, dicht an der russischen Grenze, zu gelangen. Immerhin nimmt es ein paar Stunden in Anspruch, bis die Passagiere und grosse Warenladungen in die kleinen Uebersetzboote gepackt sind. Wir benutzen die Gelegenheit, unsern versäumten Schlaf nachzuholen, aus dem uns erst die heulende Sirene bei der Abfahrt aufschreckt.

Jetzt sind wir fast noch die einzigen Fahrgäste in der Zwischendeckklasse. Nur noch einige Stunden Fahrt, und wir werden an dem Ausgangspunkt unsrer Bergexpedition nach dem Inneren des Landes sein. Kein Wunder, dass wir jetzt alle am Bug stehen und Ausschau halten. Doch es ändert sich nur wenig: dieselben dicken Wolkenmassen hängen noch über den fernen Bergzügen. Für uns war das eine grosse Enttäuschung, denn wir hatten gehofft, von hier aus den ersten Blick auf unser ersehntes Ziel, die fernen Bergzüge Lasistans, zu haben. Zumal da im Bädeker die verheissungsvollen Sätze stehen: Rize ist die Hauptstadt des wilden Berglandes Lasitan, dessen schneereiche Gipfel sich vielfach über 3000 Meter erheben und auch von hoher See weither sichtbar sind.- Nun, wir haben davon nichts entdecken können, und unsre Blicke konzentrierten sich umso mehr auf das in der Ferne auftauchende Städten Rize. Auch hier sind wir angenehm überrascht, statt eines öden verlassenen Dorfes einen lebendigen Ort anzutreffen, der von weitem wie ein moderner europäischer Kurplatz aussieht. Wie kleine Villen liegen die schönen, türkischen Bauernhäuser in den Gärten versteckt. Am Strande stehen weissgetünchte, saubere Hotels, und sogar Autos stehen für die paar Kilometer lange Strasse am Meere zur Verfügung. Wir werden sogar von Vertretern des türkischen Clubs empfangen. Wahrscheinlich hatte man ihnen von Konstantinopel aus telegraphiert. Alle Wünsche werden sofort mit echt orientalischer Höflichkeit ausgeführt, und als wir sagen, dass wir unsre Zelte im Freien aufschlagen wollen, weil wir noch viel zu packen haben und die Pferdelasten für die Karawane nach dem Inneren vorbereiten müssen, bietet man uns sofort den Garten eines einsam am Meere liegenden Kafeehauses zum Lagern an. Der Wirt beteuert sofort, dass es nichts koste, wenn er auch mit Recht auf die vielen Portionen Kaffee und Tee rechnete, die von uns bei der Hitze getrunken wurden.

Am Abend mussten wir Gäste des Clubs sein; sonst hätten wir seine Mitglieder schwer beleidigt. In der Halle ist ein Leseraum nach europäischem Muster eingerichtet: Korbmöbel, Bücherschränke, das Bild Kemal Paschas in allen Ausführungen und Grössen. Da keiner von uns türkisch spricht, muss die Unterhaltung durch je einen englischen Sprecher übersetzt werden. Man interessiert sich besonders für unser Vorhaben, und warm wir eine solche weite Reise unternehmen. Die herbeigebrachten neuesten türkischen Karten geben noch weniger feste Anhaltspunkte als unsere alten deutschen; nur die Höhenangaben differieren wesent-

lich. Von den Anwesenden war noch keiner selbst so weit in den Bergen gewesen. Einer machte einmal einen Ritt nach Armenien zu, konnte aber wegen des dauernden Nebels nichts genau sehen und wusste vor allen Dingen über das Hauptmassiv um den höchsten Berg, den Katschgar Dag, keinen Bescheid. So müssen wir uns im wesentlichen auf unsre unvollständigen Karten und auf die Angaben der Bevölkerung im Innern verlassen. Man verspricht, dass wir in zwei Tagen genügend Lastpferde und Träger dazu bekommen, und in dem Orte soll auch ein Mann sein, der ausser der Sprache der Eingeborenen russisch spricht, und der deshalb als Uebersetzer für die Reise angenommen wird. So sind an diesem Abend doch schon die wesentlichen Schwierigkeiten für den Vorstoss ins Innere des Landes überwunden. Die versammelten Mitglieder des Clubs, Kleinbürger, Händler, Lehrer und Beamte, geben sich alle Mühe, ihre europäischen Kenntnisse und Sitten zu dokumentieren. Der Vorsitzende heisst uns sogar im Namen der Wissenschaft, Kunst und Bildung willkommen, und der Polizeihauptmann zeigt sich um unser Wohl so bemüht, dass er uns fünf Soldaten zur Bewachung mitgeben will. Als wir das wegen der unnötigen Proviantbelastung ablehnen, mahnt er uns in eindringlichen Worten zur Vorsicht und beteuert, dass die Bergstämme noch heute Raubzüge an die Küste unternehmen und vielleicht auch vor uns nicht zurückschrecken. Viele hielten sogar noch an Blutrache fest. Doch darüber machten wir uns weniger Sorgen als um die Schwierigkeit der Ernährung. Mit Hilfe der eingeborenen Treiber und des Uebersetzers hofften wir aber auch von den Hirten noch Milch, Käse und Hammelfleich kaufen zu können.

Wohl sind die Bergvölker in dieser Gegend durch die Zwangsmassnahmen Kemal Paschas erregt. Aber vor uns liegt der "heilige Berg" der Lasen, von dem sie die abenteuerlichsten Geschichten erzählen. Uns erwartet ein noch völlig unberührter Landstrich, viele noch unbestiegene Gipfel, der Blick nach Armenien, zum Ararat; da können uns auch diese Schrecken nicht mehr zurückhalten. Wir geben für zwei Tage später unsern Aufbruchstag an und hoffen, trotz aller Schwierigkeiten unser Ziel zu erreichen. In den Zelten am Ufer des Schwarzen Meeres liegen wir nachher bei dem donnernden Rauschen der Brandung noch lange wach, und in den lebhaften Träumen der südlichen Nacht sehen wir schon alle die Bilder der gruseligen Geschichten aus dem türkischen Club verwirklicht. Doch die strahlende Sonne am nächsten Morgen verwischt die Spukgestalten, und mit verstärkter Kraft geht es an die Arbeit zum Aufbruch.

Karl Möller.

Montmartre von Amsterdam.x

SPD. Tief im Herzen der Altstadt von Amsterdam, nur wenige Schritte vom Amstelstrom entfernt, liegt der Rembrandtplatz. Grosse Verkehrsadern schneiden sich hier, die wiederum zahlreiche Strassenbahnlinien nach allen Richtungen der holländischen Hauptstadt ausstrahlen. Der eine Teil des Platzes ist als Anlage ausgestaltet, wo sich das Standbild des grossen Malers Rembrandt inmitten hoher Bäume erhebt.

Freilich würde der grosse Künstler des 17. Jahrhunderts, der nur wenige Strassen weiter, jenseits der grossen Brücke über die Amstel, im bittersten Elend lebte und starb, wohl den Kopf schütteln, wenn er sähe, dass im 19. Jahrhundert ein pietätloses Geschlecht den alten historischen Buttermarkt einfach in Rembrandtplatz umtaufte und sein Standbild hierin verpflanzte. Noch mehr aber würde er sich wundern, wenn er hier ein Leben sich entfalten sähe, dass so garnicht zu seiner Lebensauffassung passte.

Der Rembrandtplatz, der in den Abend- und Nachtstunden durch elektrische Bogenlampen und die vielen Lichtreklamen oben auf den hohen Häusern der Vergnügungsstätten taghell beleuchtet ist, stellt recht eigentlich den Montmartre

oder das Sankt Pauli von Amsterdam dar. Zahlreiche enge Stege und Gassen gehen von ihm ab zum Binnen=Amstel=Ufer und den Nachbarstrassen, und diese Stege sind ebenso dunkel, wie der Rembrandtplatz hell ist. Hier sind zahlreiche kleine Bars, während die grösseren Bars am Rembrandtplatze selbst und seinem Erweiterungsstück, dem kleinen Thorbeckeplatz, liegen. Hier schallt überall lockende Musik, klingen die neuesten Schlager und öffnen uniformierte Portiers den Besuchern bereitwillig die Türen. Hier und in den umliegenden Strassenzügen spiel sich das Amsterdamer Nachtleben in allen seinen Variationen ab. Hier rollen unaufhörlich elegante Autos an, deren Insassen von den zahlreichen Bars verschlungen werden, und schon um elf Uhr abends ist der Thorbeckeplatz in eine förmliche Schau der neuesten Luxusautos umgewandelt.

In den Bars selbst, in denen die streng modern gekleidete Halbweltdame ton angebend ist, werden alle Sprachen Europas gesprochen. Auch Amsterdam ist nun einmal ein Fremdenzentrum, wo viele Fremde sich treffen. Die Deutschen stehen dabei nicht an letzter Stelle, und gerade hier, im Lebezentrum Amsterdams, wird vielleicht von allen fremden Sprachen Deutsch am meisten gesprochen. Hier trifft man jene Typen, die im deutschen Mutterlande sich ihres rasseechten Germanentums brüsten, um nun hier mit zweifelhaften Lebedamen aus aller Herren Länder, die dank irgendwelcher Umstände hier strandeten, sich bei Sekt und teuren Zigaretten die Zeit zu vertreiben. Hier finden sie sich mit Einheimischen zusammen, deren Antlitz einen langjährigen Aufenthalt in Indien verrät, und die das, was sie an körperlicher Gesundheit unter der Tropensonne einbüsten, durch Gesundung des Geldbeutels im Lande der ungezügelten Ausbeutungsmöglichkeiten zu ersetzen verstanden. Im allgemeinen aber herrscht hier der Fremde, der Ausländer, vor, und wenn man in den Sommermonaten auch dem Amerikaner den Vorzug gibt so ist doch im Winter der hier auftauchende Deutsche mit gut gefüllter Brieftasche ein gern gesehener Gast. Wer das deutsche Volk nach den hier auftauchenden Typen beurteilen wollte, der würde zu einem vollkommen verkehrten Urteil über das Elend der arbeitenden Millionen im alten Vaterlande gelangen.

Auch die weibliche Lebewelt, die sich hier dem Meistbietenden verkauft, ist international, und es ist wiederum eine unerfreuliche Folge deutschen Elends, dass die deutsche Lebedame unter diesen Halbweltmädchen aller Nationen den ersten Platz einnimmt. Es ist manchmal schwer, den letzten Ursachen nachzugehen, die ein Mädchen hier scheitern liessen. Stellungslosigkeit im Auslande und Verführung durch gewissenlose Männer, die die Mädchen nachher brutal im Stich liessen, das sind die wesentlichsten Umstände, die ein Mädchen in Stunden der Not auf die schiefe Ebene führen können, auf der es dann, wenn sie einmal beschritten wurde, kein Halten mehr gibt. Für die Inhaber der Bars sind diese deutschen Halbweltdamen natürlich gern gesehene Gäste, denn sie tragen dazu bei, deutsche männliche Besucher anzulocken.

Die Bars der Nebenstrassen des Rembrandtplatzes sind Vergnügungsstätten zweiten und dritten Ranges, in denen nach aussen hin die gesellschaftliche Form nicht mehr so ängstlich gewahrt wird wie in den sogenannten renommierten Häusern am Platze selbst. Immerhin sind auch hier die Getränke teuer, und die Gefahr, dass dem unerfahrenen Besucher viel Geld aus der Tasche gezogen wird, ist hier weit grösser als in den erstklassigen Bars. Während die Lebedame eines solchen Erablissements zunächst die Besucher erst einmal aufnimmt und dann nur an solchen Tischen Platz nimmt, wo es sich auch wirklich lohnt, wird in diesen kleinen Betrieben in Dämmerbeleuchtung und abseits der grössen Strassen jeder Gast, den ein unvorsichtiger Schritt hineinführte, rücksichtslos gerupft.

So geht das Leben bis in die frühen Morgenstunden hinein, und dabei streifen draussen auf dem Platze und den Strassen, namentlich am Binnen=Ufer der Amstel, noch Hunderte von Mädchen und Frauen herum, die hier bei heimkehrenden Lebemännern Anschluss suchen und finden. Rembrandt aber schaut von seinem hohen Sockel mit einem Blick tiefen philosophischen Mitleids auf dieses bunte Treiben hinab, das wir mit einem Zauberschlage verschwunden ist, wenn die ersten Anzeichen des beginnenden Morgens einen neuen Tag der Arbeit ankündigen.

Otto Burgemeister (Amsterdam)

Ein lohnendes Briefmarkengeschäft.x

SPD. Lundy ist eine kleine englische Insel im Bristol=Kanal; sie ist 5 km lang und 1600 m breit, und die Zahl ihrer Bevölkerung beträgt 50, in Zeiten des Geburtenrückganges auch nur 40 Köpfe. Ueber diese paar Dutzend Menschen herrsch Mr. Martin Coles Harman, der das Inselchen als Privatbesitz von Hudson Heaven gekauft hat, dessen Vorfahren mehr als 200 Jahre hindurch Besitzer der Insel waren.

Vor kurzem wurde nun gegen den augenblicklichen Inselkönig ein Verfahren eröffnet wegen unbefugten Prägens einer Metallmünze im Werte von ½ Penny. 50.000 Stück dieser Privatvaluta liess der Beherrscher von Lundy herstellen und in seinem "Reich" in Umlauf setzen. Gleichzeitig liess er auch eigene Briefmarken zu ½ und 1 Puffin drucken - in einer von ihm selbst erfundenen, bisher unbekannten Währung. Während die Münzen auf einer Seite das Bildnis des "Inselkönigs" trugen, enthielten die Marken das Wort Lundy und im übrigen die Darstellung eines sonderbaren, einem Pinguin ähnlichen Vogels, - vielleicht auch eine Art stilisierten Selbstporträts des selbstbewussten Herrn auf Lundy?

Aufgrund des Münzgesetzes von 1876, das die Prägung von Privatgeld verbietet, wurde Mr. Harman genötigt, Geld und Marken aus dem Verkehr zu ziehen. Das hat aber erst recht den Besitzhunger der Markensammler geweckt, die nun ihren Ehrgeiz darein setzten, eins der so kurzlebigen Postwertzeichen des "Königsreichs Lundy" zu erwerben, und hohe Preise für diese Raritäten gezahlt haben sollen. So dürfte sich diese Selbstversorgung mit Geld und Marken doch noch ganz gut rentiert haben!

L.H.

Die November=Sternschnuppen.x

SPD. Der Sternfreund und Naturbeobachter hat im Monat November Gelegenheit zur Beobachtung einer interessanten Himmelserscheinung: der November=Sternschnuppen. Besonders ausserhalb der Grosstadt, wo kein Dunst und keine Bogenlampen das Bild der Nacht stören, kann dieses Naturschauspiel bewundert werden. Es handelt sich bei den Novembermeteoren, wie auch bei vielen anderen, um einen "Schwarm" von Sternschnuppen, die einen gemeinsamen kosmischen Ursprung haben, und zwar sind es die "Reste", die Auflösungsprodukte des Kometen 1866 I. Wenn die leuchtenden Spuren der Angehörigen eines bestimmten Schwarmes rückwärts verlängert werden, so weisen sie alle in die gleiche Gegend und scheinen von einer ganz bestimmten Himmelsstelle auszustrahlen. Nach diesen Ausstrahlungsstellen, auch "Radianten" genannt, werden die auffälligsten Sternschnuppenschwärme bezeichnet.

Da der Ausstrahlungspunkt der November=Sternschnuppen sich im Sternbilde des Löwen befindet, so werden diese Meteore auch die "Leoniden" genannt. Wer also diese schöne Himmelserscheinung beobachten will, der kann es sich leicht machen, indem er besonders den Radianten aufs Korn nimmt, der sich für die Novembermeteore am Nordost=Horizont befindet. Die günstigste Beobachtungszeit sind die Tage vom 12. bis zum 17. November. Die Leoniden sind schon seit mehr als tausend Jahren, seit dem Jahre 902 n.Chr., bekannt. Früher traten sie alle 33 Jahre in besonderer Stärke auf, und zwar zum letztenmal 1866. Infolge der Annäherung an den grossen Planeten Jupiter wurde der Schwarm aber so abgelenkt, dass seine Hauptwolke die Erde seitdem nicht mehr erreichte. Nach den Berechnungen von Downing und Johnstone Stoney bleibt die dichteste Stelle des Schwarmes heutzutage immer rund 2½ Millionen Kilometer von der Erdbahn entfernt. Die mittleren Werte der November=Sternschnuppen sind nach den neusten Untersuchun=

gen folgende: Die Welttrümmerchen leuchten in einer Höhe von 133 km auf, erlö= schen in einer Höhe von 89 km, die mittlere Weglänge beträgt 87 km, und in der Sekunde legen sie 77 km zurück. Durch diese ungeheure kosmische Geschwindigkeit kommt es auch, dass sich diese Trümmerchen in unsrer Atmosphäre glühend reiben und dadurch als ein schönes himmlisches Feuerwerk sichtbar werden.

Ein Mörder spricht im Sportpalast.

Was ist hier los? Wer trifft denn so
Auf seinen Kopf den Nagel?
Herr Heines spricht mordissimo,
Darum herrscht ein Mordsspektakel.

Er redet militärisch knapp
Und hat die Gunst gepachtet.
Einst schlachtete er einen ab.
Jetzt wird das ausgeschlachtet.

Die Nazis sind ihm alle gut.
Er trieft von deutschem Hoffen
So, wie vom Kameradenblut
Ihm einst die Hände troffen.

Die Frauen reisst er mächtig fort.
Ein blonder Backfisch flötet:
"O Gott!, er hat, ein Mann ein Mord!,
Ganz feminent geredet!"

Das Opfer nur liegt kalt und starr
Jenseits der Lebenspforten.
Sein Kamerad Freund Heines war
Für ihn Freund Hein geworden.

Hans Bauer.

Merkwürdige Architektur=Phantasien.

SPD. Mitunter verfallen nicht gerade mit Arbeit überhäufte Architekten auf sonderbare Einfälle, um sich gewissermassen einen Namen zu machen. So dach= te auch der Berliner Architekt Walter Croner, als er eine Reihe sogenannter promminenter Personen ausgiebig um ihre persönlichen Meinungen vom idealen Hause befragte. Alle diese Wünsche hat er fein säuberlich in farbigen Entwür= fen ausgeführt und das Ganze schliesslich in einer Ausstellung "Das ideale Haus. Architektur=Phantasien" im Berliner Kunstsalon M. Görtel gezeigt.

Es ist eine merkwürdige Ausstellung, die als künstlerische Leistung kaum der Rede wert wäre. Sie wirkt aber erschreckend aufschlussreich im Hinblick auf die Psyche unsrer Theater= und Filmsterne. Während Schriftsteller und bil= dende Künstler in der Mehrzahl einfach=verständliche und unverbogene Wünsche haben, entwickeln diese Leutchen eine derart kindisch versnobte und verlogene Phantasie, wie sie nur noch in jenen Filmen vorkommt, in denen ein edler Graf die Hauptrolle spielt. Gläserne Kuppelhallen mit exotischen Blumen im Hinter= grunde, raffiniert eingerichtete Bars und ähnliche Scherze stehen im Mittel=

punkte des Phantasielebens dieser vielbewunderten Zeitgenossen. Bei der Entfaltung einer solchen Phantasie war es vielleicht angebracht, dass "bei deren Ausarbeitung wirtschaftliche Hemmungen als nicht vorhanden betrachtet worden sind und nur der Wunsch nach künstlerischer Vollendung massgebend gewesen ist". Die Vollendung ist denn auch danach. Aber im Ernst: die Architektur verlangt ebenso wie die Phantasie eine gewisse, in diesem Falle materielle Bindung, um sich lebendig entfalten zu können. Der Einfall des Architekten Croner hätte deshalb wenigstens zu einer Art Zeitdokument werden können, wenn Croner gerade die wirtschaftlichen Hemmungen als Faktor eingesetzt und durch eine Umfrage bei sozial verschieden gestellten Personen eine einwandfreie, keine sinnlose Phantasietätigkeit entfesselt hätte. Der gut gemeinte Versuch zeigt in unserm Falle leider kein ideales Haus, sondern wie im Zerrspiegel eben nur die meist lächerlichen Wünsche der Personen, die ihre angelernte Theatralik auch in diesem Falle mit Erfolg vorführen zu können glauben.

O.B.

SPD. Römische Funde in Oberösterreich.x Bei Ausschachtungen für einen Neubau in Wels kamen eine ganze Reihe interessanter Fundstücke aus der römischen Zeit ans Licht. So u.a. fünf Bronzemünzen, Asse, aus dem Ende des ersten und aus dem zweiten Jahrhundert nach Chr., und zwar mit den Bildnissen römischer Kaiser: Domitian, Trajan, Hadrian und der Kaiserinnen Faustina der Aelteren und der Jüngeren. Dann Webstuhlgewichte, die in der Gegend des Kaiser Josef-Platzes sehr häufig vorkommen, sodass man diesen Stadtteil hauptsächlich als von Webers besiedelt ansehen muss. Sie erzeugten zur römischen Kaiserzeit das so bekannte und geschätzte norische Tuch.- Ausser den überall vorkommenden schwarzgerusten und hellfarbigen Topfgeschirren gab es auf dem Fundplatz auch Reste der zierlichen rhätischen Gefässe, die in Augsburg und Regensburg erzeugt wurden. Unter anderem fand man zahlreiche Scherben von Sigillatagefässen. Die verzierte Sigillata stammt zumeist aus Mittelgallien, und ein solches Stück zeigt in der Verzierung einen hier häufig vorkommenden Töpfernamen: Paternus. Auf zwei anderen Scherben zeigen sich die Töpferstempel des Töpfers Martinus und des Töpfers Regulinus.- Die Besitzer von weit hergebrachten Sigillatagefässen waren auf ihre kostbaren Stücke sehr eitel und kratzten gern ihre Namen in die harte Glasur; damit haben sie sich, ohne es zu wissen, in die Ewigkeit hinübergerettet. So sind auf zwei ganz unscheinbaren Stücken je ein römischer Name eingeritzt. Der eine Sigillatabesitzer hiess Vitulus, der andere Dionysius. Mit diesen beiden Namen kennen wir bisher 64 aus Grabsteinen und solchen Einritzungen.- Wels ist übrigens eine sehr ergiebige Fundgrube für Gegenstände aus der römischen Zeit.

SPD. Kurze und lange Wochen.x Die Einteilung der Zeit nach sieben Tagen in Wochen, also nach den verschiedenen Phasen des Mondes, findet sich nicht bei allen Völkern. Die alten Aegypter hatten zehntägige, die Inder und Kelten neuntägige Zeitabschnitte. Bei Negerstämmen Afrikas findet man fünftägige Fristen, ebenso bei den alten Mexikanern, und südamerikanische Indianerstämme haben sogar eine nur drei Tage umfassende Zeiteinteilung. Zeitabschnitte von sieben Tagen aber hatten die semitischen Völker in Vorderasien. So hat auch die biblische Woche eine Dauer von sieben Tagen.

Preußischer Landtag

SPD. Berlin, den 5. November.

Auf der Tagesordnung stand die gemeinsame Aussprache über zahlreiche Grosse Anfragen und Anträge über das

Gruben-Unglück in Alsdorf,

das Grubenunglück in Neurode und andere Bergarbeiterfragen.

Abg. Fries-Köln (Soz.)

begründet die Grosse Anfrage seiner Freunde, die zur Katastrophe in Alsdorf vorgelegt ist und in der die Regierung um Auskunft ersucht wird, ob alles geschehen sei, um die schlimmste Not der Betroffenen abzuwenden, ob die bergpolizeilichen Vorschriften für das Lagern der Sprengstoffe beachtet waren und ob die Regierung über die Ursache der Explosion Auskunft geben wolle. Er wendet sich besonders gegen das scharfe Antreibersystem, das vor allem auch auf der Grube Anna herrsche. Dort wagten die Kumpels nicht einmal, sich krank zu melden, weil ihnen dann die Entlassung drohe (stürm. Hört! Hört! links). Angesichts der 267 Toten von Alsdorf habe es die "Bergwerks-Zeitung" fertig gebracht, in grenzenlosem Zynismus festzustellen, die Dividende werde durch das Unglück auf der Grube Anna II nicht berührt, sondern sei durch bestimmte Vereinbarungen mit 14 Prozent noch für Jahre hinaus garantiert (stürm. Pfui-Rufe links). Der wirtschaftsparteiliche Abg. Schmidt-Hoepke stehe diesem Blatte vor (Rufe b. d. Komm.: "Ein ausgemachter Strolch!" Der Präsident Bartels ruft den Zwischenrufer zur Ordnung). Der Redner schliesst mit der Bemerkung, man solle sich hüten, mit der viel gepriesenen Langmut der Bergwerksarbeiter Schindluder zu treiben. (lebh. Beifall b. d. Soz.).

Abg. Martin (Dnat) begründet die Grosse Anfrage seiner Fraktion. Er sprich namens der Deutschnationalen den Opfern der Grubenkatastrophe herzliches Beileid aus.

Abg. Gressler (Dem.) erklärt, gegenüber solchen entsetzlichen Katastrophen müssten die parteipolitischen Sonderinteressen schweigen (lebh. Zustimmung). Er legt dann die Grosse Anfrage seiner Partei vor.

Abg. Sobottka (Komm.) richtete bei Begründung kommunistischer Anträge sehr heftige Angriffe gegen die Bergbau-Unternehmer und erklärte, der Geist der rücksichtslosen Ausbeutung sei Schuld an den Katastrophen von Hausdorf und Alsdorf. Besonders auf den Gruben des Eschweiler Bergwerksvereins kenne die Ausbeutung keine Grenzen.

Abg. Franz - Oberschlesien (Soz.)

begründet die Interpellation seiner Freunde über die Katastrophe auf dem Kurtschacht der Wenzeslaus-Grube in Neurode. Er finde es begreiflich, dass angesichts der schweren Opfer aus den Gruben-Unglücken auch die parlamentarische Debatte darüber erregt geführt werde. Aber die masslosen Beschimpfungen des Vorredners müsse er doch zurückweisen (Lärm b. d. Komm.). Leider sei es immer so, dass die Oeffentlichkeit sich nur in den ersten Tagen nach einer Gruben-Katastrophe mit dem Elend und den Gefahren für die Bergarbeiter beschäftige. Das dürfe nicht so weitergehen. Es stelle sich jedes Jahr heraus, dass noch mehr Bergarbeiter als bei den grossen Grubenunglücken in der Alltags-Arbeit in den Gruben verunglückten. Mit der Feststellung, man stehe vor einem Rätsel, wie man sie im Alsdorfer Fall wieder gehört habe, könne man sich auf die Dauer nicht begnügen. Die Sozialdemokraten verlangten, dass unter keinen Umständen an der Grubenkontrolle gespart werde. (Sehr wahr! b. d. Soz.). Leider scheine der Handelsminister nicht dieser Auffassung zu sein, denn die Bergbeamten beklagten sich über mangelnde Bewegungsfreiheit für die Grubenkontrolle.

Der Redner begründet weiter noch spezielle Forderungen seiner Partei zum Unglück in Neurode. Dabei wird u.a. gefragt, welche Folgerungen die Bergpolizei aus den Untersuchungsergebnissen gezogen habe und ob die für Kohlensäuregruben geltenden bergpolizeilichen Anordnungen laufend und restlos auf der Wenzeslaus Grube beachtet worden seien. Auch wünschte er Auskunft, welche Massnahmen getroffen werden können, um ähnliche Katastrophen für die Zukunft zu verhindern. Wenn im Neuroder Falle der Kohlensäure-Ausschuss nicht zu einem Ergebnis kam, so, weil man zu viel Wissenschaft dort trieb und die Praktiker, die Bergarbeiter, nicht genug hörte. Ueberhaupt sollte die Bergbehörde mehr die Mitarbeit der in den Gruben tätigen Bergarbeiter verlangen. Im Interesse der Bergarbeiter und des Bergbaues jedenfalls liege es, wenn die Bergbehörde aktiver arbeite, sonst könne man sich nicht wundern, wenn die Bergarbeiter einmal die Geduld verlören (Beifall b.d.Soz.).

Abg.Straube (Dn.) erklärte in Begründung der Grossen Anfrage seiner Fraktion zum Hausdorfer Grubenunglück, dass er sich durch eine Befahrung der Grube von dem einwandfreien Zustand aller Einrichtungen überzeugt habe. Deshalb sei es unverantwortlich, wenn man behaupte, die Schuld an dem plötzlichen Kohlensäureausbruch treffe die Grubenverwaltung.

Abg.Harsch (Ztr.)fordert bei Begründung eines Zentrumsantrages die Errichtung eines besonderen Dezernats für die Bekämpfung von Kohlensäureausbrüchen und ein amtliches Preisausschreiben, um Wissenschaft und Technik zu noch eingehenderer Beschäftigung mit der Gefahr der Kohlensäureausbrüche zu veranlassen

Abg.Wollenweber (Komm.) gab den Unternehmern schuld an der Katastrophe bei Neurode. Das System der Ausbeutung müsse entsprechend einem von dén Kommunisten eingebrachten Antrage beseitigt werden.

Der Leiter des preussischen Grubensicherheitsamtes, Ministerialrat Rother beantwortete die Grossen Anfragen namens der Regierung. Er äusserte sich zunächst über das Alsdorfer Grubenunglück, das das grösste sei,das den preussischen Bergbau seit der Katastrophe auf der Radbod-Grube im Jahre 1908 betroffen habe. Das Rätsel der Explosion, die einzigartig dastehe, liege nicht nur in dem Ort und in der Art der ersten Zündung, sondern hauptsächlich in ihrem gewaltigen Ausmass.Leider sei es immer noch nicht möglich, an alle von der Explosion betroffenen Stellen heranzukommen. Immerhin könne man sich wenigstens jetzt ein Bild von ihrem Umfange machen. Die Explosion habe im einziehenden Hauptschacht und in den einziehenden Hauptstrecken gewütet, aber an den Grenzen zu den Flözbetrieben Halt gemacht. Ihr Herd und ihr Weg lägen noch völlig im Dunkel. Die Sprengstoffläger seien unversehrt. Die Annahme, dass Sprengstoffe in die Luft gegangen seien, müsse wenigstens nach den bisherigen Feststellungen ausscheiden. Auch über eine Explosion von Benzin oder Benzol über Tage oder eine Explosion der Benzol-Lokomotiven sei noch nichts ermittelt worden. Die wenigen elektrischen Anlagen seien allem Anschein nach gleichfalls nicht die Ursache der Explosion gewesen. Die Massnahmen zur Bekämpfung von Schlagwettern und Kohlenstaub seien übrigens umfangreicher gewesen als das nach den bisherigen Erfahrungen im Aachener Gebiet unbedingt geboten gewesen sei.

Als Ergebnis der Untersuchung des Grubenunglücks bei Neurode teilte der Regierungsvertreter folgendes mit: Es ist zur Erforschung der Kohlensäureausbrüche alles Menschenmögliche geschehen. Sämtliche Bestimmungen, die auf langjähriger Erfahrung und Forschung beruhen, sind eingehend überwacht und eingehalten worden. Der Ausbruch hat einen Grad der Kohlensäuregefahr gezeigt, der allen Beteiligten bisher unbekannt war. Neue Massnahmen sind in Fortsetzung der bisherigen in Vorbereitung, um die Gefahr der Kohlensäureausbrüche noch wirksamer zu bekämpfen. Die gesamte Frage der Kohlensäuregefahr im niederschlesischen Steinkohlenbezirk wird baldmöglichst auch der preussischen Grubensicherheits-Hauptkommission unterbreitet werden. Zunächst aber muss die Entscheidung abgewartet werden, ob die Wenzeslaus-Grube weiterfortgeführt wird.

oder der Stillegung anheimfällt.

Handelsminister Dr.Schreiber wandte sich gegen die schweren Angriffe des Abg.Sobottka (Komm.) gegen die Bergbehörden und erklärte, dass derartige furchtbare Katastrophen wenig geeignet seien, um für die parteipolitische Agitation ausgenutzt zu werden. Die Methode der Kommunisten sei nur darauf abgestellt, bei den Bergarbeitern eine ganz falsche Vorstellung von den bergbaulichen Sicherheitsmassnahmen der Regierung zu erwecken. Bei der Katastrophe von Neurode sei ein Kohlenblock von 3000 t durch den Kohlensäureausbruch herausgestossen worden. Eine solche Katastrophe sei ein Naturereignis, an dem man wie etwa auch an einem Erdbeben niemand ein Verschulden vorwerfen könne. Er habe den Eindruck, als ob die scharfe Kritik der Kommunisten übersehe, dass beim Bergbau aller Länder leider mit Unfällen gerechnet werden muss. Auch der russische Bergbau bleibe davon nicht verschont. (Lärm bei den Komm.und Rufe:"Wenn Sie dort Volkskommissar wären, würden Sie erschossen!")Im russischen Steinkohlenbergbau sei die Zahl der Unfälle sogar höher als im deutschen. Der Minister wies mit starker Betonung darauf hin, dass in keinem Lande der Welt zum Schutze und für die Sicherheit der Bergarbeiter soviel geschehe wie in Deutschland. Den Rettungsmannschaften, die bei der Bergung der Verunglückten ihr Leben aufs Spiel gesetzt hätten, sprach er den aufrichtigen Dank der Regierung aus, ebenso dankte der Minuster allen denen, die durch die Gewährung von Spenden zur Linderung der Not der Hinterbliebenen beigetragen haben.

Abg.Sobottka (Komm.) ergriff hierauf noch einmal das Wort, um weitere Anträge seiner Fraktion zum Schutze der Bergarbeiter zu begründen.

Um 17 1/4 Uhr wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr vertagt; ausserdem Abstimmung über die Misstrauens-Anträge gegen Innenminister Severing.